

Landkreis Ravensburg

den 05. Feb. 2015

Niederschrift

über die Sitzung des Kreistages

am 11.12.2014 im Riedhalle Wilhelmsdorf, Am Riedgarten 12, 88271 Wilhelmsdorf

Dauer 13:00 Uhr bis 17:55 Uhr

Normalzahl: Der Vorsitzende und 72 Mitglieder

Anwesend:

Vorsitzende/r

Herr Kurt Widmaier,

Erste Landesbeamtin

Frau Eva-Maria Meschenmoser,

CDU

Herr Eugen Abler,

Herr Bürgermeister Elmar Buemann,

Herr Bürgermeister Roland Bürkle,

Herr Rolf Engler,

Herr Josef Forderer,

Frau Josefine Haberkorn,

Herr Rudolf Hämmerle,

Herr Oberbürgermeister Hans-Jörg Henle,

Herr Bürgermeister Thomas Kellenberger,

Herr Wolfgang Kleiner,

Herr Bürgermeister Josef Köberle,

Herr Bürgermeister Dieter Krattenmacher,

«sitext» vom «sidat»

Herr Hans-Jörg Leonhardt,
Herr Bürgermeister Clemens Moll,
Herr Axel Müller,
Herr Bürgermeister Peter Müller,
Herr Christian Natterer,
Herr Alois Peter,
Herr Oberbürgermeister Dr. Daniel Rapp,
Herr Bürgermeister Volker Restle,
Frau Dr. Silke Rieser,
Herr August Schuler,
Herr Robert Schweizer,
Herr Bürgermeister Daniel Steiner,
Herr Robert Stütze,
Herr Bürgermeister Roland Weinschenk,
Herr Waldemar Westermayer, MdB,
Herr Josef Wurm,

FWV

Herr Karl-Heinz Buschle,
Herr Oberbürgermeister Markus Ewald,
Herr Jochen Fischinger,
Herr Matthias Grad,
Herr Bürgermeister Roland Haug,
Herr Oberbürgermeister Michael Lang,
Herr Bürgermeister Holger Lehr,
Herr Bürgermeister Rainer Magenreuter,
Herr Dr. Hermann Schad,
Herr Bernhard Schultes,
Herr Bürgermeister Peter Smigoc,
Herr Bürgermeister Oliver Spieß,
Frau Christa Stierle,

SPD

Herr Rudolf Bindig,
Herr Peter Clément,
Herr Gerhard Lang,
Herr Rainer Marquart,
Frau Gisela Müller,
Herr Jürgen Rölli,

Bündnis 90 / Die Grünen

Frau Dr. Margret Brehm,
Frau Hildegard Fiegel-Hertrampf,
Frau Judith Gebhardt,
Herr Gereon Güldenbergl,
Frau Liv Pfluger,
Herr Bruno Sing,
Herr Siegfried Spangenberg,
Herr Heinz Strubel,
Herr Dr. Ulrich Walz,
Herr Roland Zintl,

ÖDP

Herr Julian Aicher,
Herr Prof. Dr. Wolfgang Dieing,
Herr Max Scharpf,
Herr Siegfried Scharpf,

FDP

Herr M. A. Daniel Gallasch,
Herr Prof. Dr. Bernd Steidle,

Die Linke

Herr Dr. Till Bastian,

Protokollführer

Frau Eva Weeber,

von der Verwaltung

Herr Franz Baur,
Herr Gerd Hägele,
Herr Franz Hirth,
Herr Werner Nitz,
Frau Diana E. Raedler,
Herr Georg Rupp,
Herr Walter Sieger,

Gäste

Herr Jürgen Meissner,
Frau Dr. Andrea Vetter,
Herr Dr. Frank Wißkirchen,

ÖkoMedia, zu TOP 7

Kanzlei Dolde, Mayen & Partner, zu TOP 6

TimConsult, zu TOP 6

Abwesend:

CDU

Herr Dr. Ulrich Höflacher,
Herr Wolfgang Pfefferle,

FWV

Herr Hans Peter Künst,
Herr Roland Schmidinger,

SPD

Herr Anton Frei,

Bündnis 90 / Die Grünen

Herr Manfred Lucha, MdL,

ÖDP

Herr Dr. Wolfgang Schmidt,

Die Linke

Herr Wolfgang Nippe,

Tischvorlagen:

Einladungsschreiben "Arbeitgeber im Dialog"
Protokollentwurf der Sitzung am 13.11.2014
Anträge der Fraktionen zum Haushalt 2015; TOP 2
"Ampelpapier" der OSK; TOP 12

Anlagen zu diesem Protokoll:

Haushaltssatzung für das Jahr 2015 in korrigierter Fassung nach der Absenkung der Kreisumlage

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

- 1 Protokoll der vorausgegangenen Sitzung
- 2 Verabschiedung des Kreishaushalts und der Wirtschaftspläne der Eigenbetriebe für das Jahr 2015
- 3 Instandhaltungs- und Investitionsprogramm für die kreiseigenen Verwaltungs- und Schulgebäude
- 4 Umsetzung des Gesellschaftsvertrages der Oberschwabenklinik
- 5 Änderung der Betriebssatzung des Eigenbetriebs IKP
- 6 Abfallwirtschaftssatzung des Landkreises Ravensburg ab dem 01.01.2016
- 7 Fortschreibung Abfallwirtschaftskonzept; Vorstellung der Öffentlichkeitsarbeit Abfallwirtschaft ab dem 01.01.2015
- 8 Aufstellung der Vorschlagslisten nach § 28 VwGO für die Wahl der ehrenamtlichen Richter beim Verwaltungsgericht Sigmaringen
- 9 Humanitäre Hilfen
- 10 Anfragen und Bekanntgaben
 - 10.1 Anfragen und Bekanntgaben - Bürgermeister im Kreistag
 - 10.2 Anfragen und Bekanntgaben - Arbeitsatmosphäre bei den Sitzungen des Kreistags und seiner Ausschüsse

Nichtöffentliche Sitzung

- 11 Beförderung 2015
- 12 Anfragen und Bekanntgaben

Die Mitglieder des Kreistags wurden am 21.11.2014 zu dieser Sitzung eingeladen.

BM Dr. Gerstlauer begrüßt den Kreistag in Wilhelmsdorf und stellt die Gemeinde vor.

Der Vorsitzende gratuliert KR Clement zum heutigen Geburtstag und eröffnet die Sitzung.

Öffentliche Sitzung

§ 66

Protokoll der vorausgegangenen Sitzung

Der Vorsitzende verweist auf den als Tischvorlage ausgelegten Protokoll-Entwurf der Sitzung am 13.11.2014.

Die Mitglieder des Kreistags nehmen die Niederschrift zur Kenntnis..

§ 67

Verabschiedung des Kreishaushalts und der Wirtschaftspläne der Eigenbetriebe für das Jahr 2015

Der Vorsitzende verweist auf die versandten Sitzungsunterlagen sowie die als Tischvorlage verteilten Anträge der Fraktionen (siehe Anlagen) und erklärt den geplanten Ablauf:

- Haushaltsreden der Fraktionen
- allgemeine Äußerungsmöglichkeit
- Abstimmung über die einzelnen Anträge
- Gesamtabstimmung über den Haushalt

KR Restle spricht für die CDU-Kreistagsfraktion:

„Sehr geehrter Herr Landrat, liebe Kolleginnen und Kollegen, Mitglieder der Verwaltung, verehrte Gäste und Vertreter der Presse,

die Diskussion über die Haushalte der Landkreise, der Städte und Gemeinden kommt seit etlichen Jahren ohne die Schlagworte „Schulden“ und „Sparen“ nicht mehr aus. Uns geht es, wie es schon in „Faust II“ heißt: „Wir wollen alle Tage sparen und brauchen alle Tage mehr.“ Johann Wolfgang von Goethe, der ja nicht nur Dichter, sondern am Weimarer Hof auch für die Finanzen zuständig war, wusste sicher, wovon er sprach – und spricht uns gebeutelten Haushaltsverantwortlichen noch heute aus der Seele.

Der Landkreis Ravensburg steht gut da. Wir haben viel vorzuweisen, was Wirtschaftskraft und Lebensqualität betrifft. Die Wirtschaft floriert. Die Zahl der Arbeitslosen ist erneut zurückgegangen, ja mehr noch, wir können eine Rekordbeschäftigung verzeichnen. Und auch unsere Einnahmen sind im letzten Jahr erneut gestiegen. Wir haben allen Grund, mit Zuversicht in die Zukunft zu blicken. Das haben wir der guten Konjunktur zu verdanken, die ganz Deutschland einen soliden Aufschwung und viele neue Arbeitsplätze beschert hat.

Aber das haben wir auch unseren eigenen Anstrengungen zu verdanken, der Arbeitskraft und Innovationsbereitschaft der Bürgerinnen und Bürger, der Unternehmen und Dienstleistungsbetriebe, der in der Politik und Verwaltung Verantwortung tragenden Personen. Gemeinsam haben wir im letzten Jahr viel erreicht und dafür möchte ich allen ganz herzlich danken.

Die positive Einnahmenentwicklung, von der ich eingangs sprach, bezeichnet jedoch nur eine Seite des Haushalts. Was zu Buche schlägt, das sind die Ausgaben. Anders gesagt: Der Landkreis steht nur dann gut da, wenn seine Einnahmen ausreichen, um sowohl die notwendigen wie die wünschenswerten Ausgaben zu bestreiten. Genau hier, Sie wissen es, liegt die Krux bei fast allen deutschen Landkreisen. Auch wir Bessergestellten sind davon betroffen, wenn, wie es in den letzten Jahren kontinuierlich der Fall war, die Ausgaben stetig steigen und wenn Bund oder Land uns immer wieder neue Aufgaben aufdrücken, ohne eine entsprechende Finanzierung sicherzustellen. Deshalb war es mehr als überfällig, dass der Bund sich endlich seiner Verantwortung stellt und mehr für die Kommunen tun will. Auch dem Landkreis Ravensburg kommt es zugute, dass er nun die Kosten für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbslosigkeit vollständig übernimmt.

Wir diskutieren und entscheiden heute nicht nur über unsere geplanten Einnahmen und Ausgaben, sondern auch über Zukunftsfragen und Entwicklungen unseres Landkreises. Denn wir müssen und wollen ja die Lebensqualität und Standortkraft im Landkreis Ravensburg erhalten und stärken sowie ihn zukunftsfähig machen.

Ein näherer Blick in den Haushalt zeigt, dass wir auch im nächsten Jahr unsere Ausgaben wieder aus eigener Kraft bestreiten können und im Kernhaushalt nicht nur ohne neue Kreditaufnahme auskommen, sondern es in den letzten Jahren geschafft haben, unsere Schulden ab – und bei IKP weniger neue Schulden aufzubauen. Und wir haben Mittel für ehrgeizige Projekte, um in die Zukunft zu investieren und etwas Luft, die Kreisumlage moderat nach unten anzupassen. Das ist eine gute, das ist eine erfreuliche Basis für das nächste Haushaltsjahr.

Der Landkreis hat bereits im Jahr 2009 die kameralistische durch eine doppische Buchführung ersetzt. Eine Modernisierung der Verwaltung kann jedoch nicht nur über eine andere Buchhaltung vorangetrieben werden, hierzu sind weitere wirkungsorientierte Steuerungsansätze erforderlich. Wir sind deshalb dankbar, dass die Kreisverwaltung hierzu eine Kreisstrategie erarbeitet hat, die in den einzelnen Fachausschüssen und im Rahmen einer Klausurtagung andiskutiert und in der letzten Kreistagssitzung mit einer großen und ich betone auch demokratischen Mehrheit so beschlossen werden konnte. Die dort festgesetzten Leitziele sollen die Grundlage für unsere zukünftigen Entscheidungen sein. Die Ergebnisse der vom Landkreis bei der Prognos AG beauftragten „SWOT-Analyse und Regionalstudie zur zukünftigen wirtschaftlichen Entwicklung im Landkreis Ravensburg“ zeigen uns auf, dass nicht der von einigen Fraktionen in diesem Haus geforderte Stillstand, sondern gerade die von den Änderungsanträgen der CDU und der Freien Wähler angesprochenen Themen - Wirtschaftsförderung und die weitere Möglichkeit der baulichen Entwicklung im gewerblichen und privaten Bereich - die Zukunftsthemen sind, denen wir uns in den nächsten Jahren widmen müssen, um auch weiterhin wirtschaftlich erfolgreich zu sein. Liebe Kolleginnen und Kollegen Sie dürfen sicher sein, dass wir diesen eingeschlagenen Weg im Rahmen der Weiterentwicklung dieser Kreisstrategie, insbesondere bei der in diesem Jahr anstehenden Festlegung der entsprechenden Handlungsfelder konsequent weitergehen werden.

Wie Sie alle der Tischvorlage entnehmen können, werden die Fraktionen der CDU und der Freien Wähler heute einen gemeinsamen Antrag zur Senkung der Kreisumlage stellen. Aus diesem Antrag können Sie auch unsere Botschaft in diesem Bereich erkennen. Die Zahlen, die sie unserem Antrag entnehmen können belegen, dass der Haushalt 2015 die finanziellen Möglichkeiten hat, die Kommunen bei der Kreisumlage zu entlasten. Bedenklich ist jedoch, dass wir es trotz Rekorderinnahmen nicht schaffen, aus dem Erfolgsplan einen entsprechenden Überschuss für eine weitere Senkung der Kreisumlage zu erwirtschaften. Wir erleben derzeit eine Phase der Hochkonjunktur, der Wirtschaftsmotor Baden-Württemberg läuft, uns geht es gut, wir durchleben wirtschaftlich gute Zeiten. Wie lange dieses finanzielle

und wirtschaftliche Hoch jedoch noch anhalten wird, wissen wir nicht, stellen jedoch bereits jetzt fest, dass uns bei stets steigenden Ausgaben - in verschiedenen Bereichen insbesondere bei unserer bisherigen cashcow OEW, die Einnahmen weg brechen. Der Demographiebericht für den Landkreis Ravensburg legt dar, dass es in den nächsten Jahren eine Verschiebung der Altersstruktur geben wird. Die derzeit noch im Beruf stehenden Kreisbewohner werden um ein Viertel zurückgehen und sich in der Altersgruppe der über 65 jährigen wiederfinden. Auch dies wird dazu führen, dass die Steuereinnahmen der öffentlichen Hand zurückgehen und damit die Refinanzierung des Landes, der Landkreise sowie der Städte und Gemeinden erschwert wird. Es darf deshalb nicht sein, dass der größte Teil der Ertragssteigerungen des Erfolgsplans im laufenden Betrieb wieder verbraucht wird und wir dort in jedem Jahr entsprechende Kostensteigerungen haben. Deshalb sollten wir uns bereits jetzt daran machen, nach weiteren Einsparmöglichkeiten im Erfolgsplan zu suchen, damit diese dann nicht in wirtschaftlich schlechten Zeiten mit erheblichen Problemen erst wieder gefunden werden müssen.

Wie in jedem Jahr der größte Ausgabenblock in unserem Haushalt betrifft natürlich den Sozialbereich. Da erfüllen wir nicht nur freiwillige, sondern viele Pflichtaufgaben. Für Kinderbetreuung, Jugend- und Seniorenarbeit sowie für Menschen mit Behinderung sind Aufwendungen von fast 200 Mio. Euro erforderlich. Das sind zwei Drittel unserer Gesamtausgaben. Man darf diesen Kostenblock jedoch nicht auf reine Zahlen reduzieren, da es um Menschen geht. Menschen, die in Not sind und zur Überbrückung oder Lösung ihrer Situation unsere Hilfe brauchen. Gleichzeitig muss aber auch eine mögliche Eigenverantwortung eingefordert werden. Diesen Grundsatz sollten wir auch weiterhin beherzigen und einfordern.

Die Flüchtlingsströme nach Europa und nach Deutschland sind nach wie vor ungebrochen. Jeden Tag erfahren wir über die Medien von furchtbarem menschlichem Leid und insbesondere die Brutalität und die Grausamkeiten im Irak und Syrien sind schockierend. Mit Blick in die Krisenregionen nicht nur im arabischen Raum steht zu befürchten, dass zumindest in naher Zukunft keine Entspannung zu erwarten ist. Weltweit sind rund 50 Mio. Menschen auf der Flucht ! In Baden-Württemberg aber auch bundesweit platzen die Flüchtlingsaufnahmeeinrichtungen aus allen Nähten. Auch der Landkreis Ravensburg war und ist extrem bei der Aufgabe gefordert, ausreichend Wohnraum für Flüchtlinge bereitzustellen, und wir sind froh und dankbar, dass der Landkreis und die Städte und Gemeinden in der Sache zwischenzeitlich Schulter an Schulter schreiten. Deshalb möchte ich an dieser Stelle einen herzlichen Dank für diesen Schulterschluss aussprechen. In diesen Dank möchte ich auch die vielen ehrenamtlich Engagierten mit einbeziehen, die in unseren Städten und Gemeinden den Flüchtlingen die Hand reichen und das mit Leben füllen, was wir uns unter Willkommenskultur vorstellen. Viele Flüchtlinge haben schlimme Erlebnisse hinter sich und sind froh und

dankbar, dass sie bei uns Sicherheit und Geborgenheit finden, und das bezieht sich nicht nur auf das Dach über dem Kopf, sondern auch auf den zwischenmenschlichen Umgang. Danken möchte ich auch an dieser Stelle ganz ausdrücklich den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Landkreises und der Städte und Gemeinde, die aufgrund der hohen Zugangszahlen und der damit verbundenen Herausforderungen extrem gefordert sind, nicht selten über die Grenze der Belastbarkeit hinaus. Der Landkreis Ravensburg hat seit Mitte letzten Jahres über 800 Menschen aufgenommen, die politisches Asyl beantragt haben. Die Zahlen steigen nach wie vor. Wir müssen davon ausgehen, dass wir im kommenden Jahr weitere, etwa 100 Flüchtlinge pro Monat aufnehmen müssen.

Diese Situation führt uns nicht nur menschlich, sondern auch finanziell an die Grenzen unserer Leistungsfähigkeit. Unbefriedigend ist aber nach wie vor die Kostenerstattung durch das Land. Zwar wurde, und das will ich positiv anmerken, die pauschale Kostenerstattung angehoben, aber das reicht nach wie vor nicht. Der Vergleich der Einnahmen und Ausgaben zeigt, dass der Landkreis aus eigenen Mitteln noch 3,8 Mio. Euro für diese eindeutig staatliche Aufgabe aufbringen. Hierbei sind die anstehenden Investitionen in Höhe von 8,6 Mio. Euro noch nicht berücksichtigt. Hier bleibt das Land aufgefordert, den Kommunen das zu erstatten, was sie zur Erfüllung dieser wichtigen Aufgabe brauchen.

Unbefriedigend ist auch ein weiterer Umstand: das Land Baden--Württemberg sorgt nicht im notwendigen Maß dafür, dass Menschen aus sicheren Drittstaaten wieder in ihre Heimat zurückkehren. Der Landkreis schafft es fast nicht, diejenigen Flüchtlinge, die wirklich politisch verfolgt sind, unterzubringen. Deshalb ist es dringend notwendig, den begrenzten Wohnraum denjenigen zukommen zu lassen, die ihn wirklich nötig haben. Und das setzt eben voraus, dass diejenigen, bei denen das nicht der Fall ist, in ihre Heimat zurückkehren.

Gut ausgebildete Fachkräfte sind das A und O für unsere Firmen und Betriebe im Landkreis. Deshalb soll sich unser Tun nicht darin beschränken, den hervorragenden Standard, den unsere Schulen erreicht haben, zu bewahren. Wünschenswert wäre, dass unsere Kreis-schulen weiterhin ein so attraktives und zukunftsfähiges Bildungsangebot vorhalten könnten, nicht zuletzt, um dem möglichen Schülerrückgang zu begegnen. Wie wir im Verlaufe der Sitzung noch hören werden, stehen insbesondere in unseren Kreisberufsschulen in den nächsten Jahren größere Investitions- bzw. Instandhaltungsmaßnahmen an.

Für die ersten Maßnahmen im Schulbereich und für weitere Investitionen im Bereich Hoch- und Tiefbau, im Straßenbau, für neue Radwege, für Investitionen in das Sachvermögen und die Kapitalzuführung zum Eigenbetrieb IKP wird der Landkreis im nächsten Jahr wieder

über 20 Millionen Euro in seine Infrastruktur investieren.

Zusätzlich zu diesen 20 Millionen Euro kommen noch weitere 30 Millionen Euro Investitionssumme im Wirtschaftsplan unseres Eigenbetriebs IKP an unseren Krankenhausstandorten, insbesondere eine große Summe für den ersten und zweiten Bauabschnitt des Krankenhauses St. Elisabeth.

Die Finanzierung dieser knapp 50 Millionen Investitionskosten kann auch im Jahr 2014 nur durch einen finanziellen Kraftakt und die Aufnahme von neuen Schulden beim Eigenbetrieb finanziert werden. Die Kosten für die Investitionen der Kernverwaltung können 2014 ausschließlich über Eigenmittel, d.h. über den im Ergebnishaushalt zu erwirtschaftenden Zahlungsmittelüberschuss aus laufender Verwaltungstätigkeit finanziert werden, sodass eine Aufnahme von neuen Schulden im Kernhaushalt nicht erforderlich ist. Vielmehr wird es uns gelingen durch die guten Ergebnisse der Jahre 2013 und 2014, die Kreditaufnahme in unserem Eigenbetrieb IKP auf einen geplanten Endstand von knapp 70 Millionen Euro zu reduzieren.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

ein zentrales Thema unserer Arbeit und ein Schwergewicht im Haushaltsplan bleibt auch 2015 das Thema Krankenhaus. Mit unserer Oberschwabenklinik haben wir eine medizinisch hoch leistungsfähige und wohnortnahe Gesundheitsversorgung für unsere Bevölkerung. Und wir haben in den vergangenen Jahren mit schmerzlichen Entscheidungen - der Schließung von Standorten und der Einleitung des Sanierungsprozesses versucht, alle Voraussetzungen zu schaffen, dass wir dies auch in Zukunft sicherstellen können.

Die Bauarbeiten für den ersten Bauabschnitt am Elisabethenkrankenhaus in Ravensburg sind abgeschlossen und der Grundstein für den zweiten Bauabschnitt ist gelegt. Die Signale, die wir von Seiten der OSK Geschäftsführung und der Kreisverwaltung erhalten sind positiv und geben Grund zur Hoffnung, dass der Sanierungsprozess auch positiv abgeschlossen werden kann.

Sorge bereitet uns allerdings wie sich die Situation in den nächsten Jahren weiter entwickeln wird, wenn dann wieder die vollen Betriebskosten von der OSK getragen werden müssen. Die Vorgaben der jetzigen Krankenhausfinanzierung belasten die Jahresergebnisse der Krankenhäuser immer stärker. Tarifsteigerungen werden in der Preisentwicklung der Krankenhausleistungen nicht vollständig ausgeglichen, auch nicht durch Leistungsausweitungen oder eine gute Kosteneffizienz. Dies belastet alle Häuser. Nicht nur bei der OSK, vielerorts in Baden-Württemberg schreiben deshalb kommunale Krankenhausbetreiber hohe

Defizite.

Solange die Kostensteigerungen auf der Erlösseite nicht refinanziert werden, kann nicht gewährleistet werden, dass die Oberschwabenklinik auch in Zukunft positive Jahresabschlüsse vorlegt, und die von uns so herbeigesehnte „schwarze Null“ rückt wieder in weite Ferne. Genauer betrachtet, reicht es leider nicht aus nur eine „schwarze Null“ anzustreben, sondern wir müssen einen gewissen Gewinn erzielen, damit Innovationen und Investitionen wieder von der OSK und nicht vom Eigenbetrieb IKP finanziert werden können. Gleichzeitig brauchen wir einen Gewinn um Rücklagen für schlechtere Jahre, die sicher kommen werden bilden zu können.

Wir brauchen deshalb zwingend eine neue Finanzierungsgrundlage bei den Krankenhäusern. Dies sollten wir gemeinsam bei der Bundesregierung einfordern. Gleichzeitig müssen wir aber im Rahmen des Sanierungsprozesses zuerst unsere Hausaufgaben selber machen und diesen zu einem guten Ergebnis führen. Sollte uns dies nicht gelingen, sehen wir im Moment nur die Möglichkeit zusammen mit anderen kommunalen Trägern in der Region strategische Allianzen zu bilden, um die zukünftigen Aufgaben gemeinsam effizienter angehen zu können. Wir fordern die Geschäftsführung der OSK und die Kreisverwaltung deshalb auf, die zwischenzeitlich gestarteten Gespräche weiter aktiv und offen anzugehen und diese im vorgenannten Sinne auch zu einem Ziel zu führen.

Schon bei der Diskussion zur Schließung der Krankenhäuser in Leutkirch und Isny als Akutkliniken hat sich die CDU-Kreistagsfraktion für eine realistische Nachfolgenutzung eingesetzt, in Leutkirch mit dem Schwerpunkt "Integrierte Nachsorge für ältere Menschen" und die „Eckpunkte für eine Krankenhausreform“ erstellt. Darin ist auch ein Fonds mit jährlich 500 Mio. Euro für Modellprojekte im Pflegebereich, mit der Zielsetzung der Aufhebung der scharfen Sektorengrenzen und für Umstrukturierungsmaßnahmen enthalten. Die CDU-Fraktion bedankt sich bei der Landkreisverwaltung, bei den Abgeordneten Dr. Schockenhoff, Paul Locherer und Frau Staatssekretärin Widmann-Mauz, sowie bei allen beteiligten Abgeordneten, die sich parteiübergreifend dafür eingesetzt haben. Außerdem begrüßen wir es sehr, dass der Landkreis Ravensburg die Beratungsfirma „BAB“ mit der Bedarfsermittlung und der Ausarbeitung eines Antrages für ein Modellprojekt beauftragt hat. Die Chance des neuen Fonds sollte zielstrebig genutzt werden. Wir bauen darauf, dass auch weiterhin parteiübergreifend für dieses wichtige Projekt zusammengearbeitet wird und auch die baden-württembergische Landesregierung die notwendigen Komplementärmittel für das geplante Modellprojekt bereitstellt.

In allen Städten und Gemeinden des Landkreises stand im vergangenen Jahr die Diskussi-

on über die Einführung der Biotonne, bzw. die angestrebte Rückdelegation der Abfallwirtschaft - zurück in den Schoß des Landkreises an. Erstes Ziel unserer Fraktion war und wird es auch weiterhin sein, die Gebühren für unsere Bürgerinnen und Bürger trotz der Erhöhung des technischen Standards - so niedrig wie möglich zu halten. Die unterschiedlichen Rahmenbedingungen sollten zusammengeführt werden und erfolgreiche örtliche Strukturen eine Fortsetzung finden. Hier war eine starke Solidarität aller Städte und Gemeinden erforderlich um dieses hohe Dienstleistungsangebot mit einer großen Wirtschaftlichkeit zu erreichen. Ich darf deshalb bei den Kolleginnen und Kollegen aus allen Fraktionen, die auch als Bürgermeister, Stadt- und Gemeinderäte tätig sind recht herzlich bedanken, dass Sie sich aktiv und positiv für das Rückdelegationsangebot des Landkreises eingesetzt haben, sodass nunmehr fast alle Städte und Gemeinden mit im Boot sind und wir anschließend über das Abfallwirtschaftskonzept und die zukünftige Abfallsatzung beschließen können.

Neben guten Bildungsangeboten und Familienfreundlichkeit zählt heute die Infrastruktur zu den entscheidenden Standortfaktoren einer Kommune. Wirtschaft wie Bürger erwarten gute Straßen, eine gute Verkehrsanbindung und ein schnelles Internet. Dass dieses immer mehr zu einem Bereich der Daseinsvorsorge wird, dürfte heute unstrittig sein. Der Landkreis hat sich deshalb am Verein zur Förderung neuer Medien und Technologien im ländlichen Raum beteiligt. Darüber hinaus wäre es wünschenswert wenn der Landkreis den örtlichen Zweckverband und die Städte und Gemeinden beim dringend erforderlichen Ausbau der Breitbandversorgung weiterhin aktiv unterstützen würde.

Abschließend darf ich in diesem Sinne für das gute Miteinander zwischen Politik und Verwaltung herzlich Dank sagen. Dank dem Landrat Kurt Widmaier, der ersten Landesbeamtin, Frau Meschenmoser, den Dezernenten und Amtsleitern sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Landkreises, der zugehörigen Eigenbetriebe und GmbHs, hier insbesondere der Oberschwabenklinik, welche stets um das Wohl des Landkreises und der Menschen in unserem Landkreis bemüht sind.

Ein herzliches Dankeschön an die Mitglieder aller Kreistagsfraktionen für die offene, kollegiale, vielfach auch freundschaftliche Zusammenarbeit und manch nette Stunde in und außerhalb dieses Gremiums.

Und noch ein herzliches Dankeschön den Redakteurinnen und Redakteuren der Schwäbischen Zeitung, des Südwestrundfunks und der weiteren Medien für die stete Begleitung und aufgeweckte Berichterstattung.

Wenn wir jetzt in die Beratungen gehen, habe ich keinen Zweifel, dass wir dem Ernst unserer Lage entsprechend Rechnung tragen. Und wenn wir nach den Grundsatzentscheidun-

gen, die mit dem Haushalt verbunden sind, wieder geschlossen agieren, dann stellt sich unser Landkreis seinen Bürgern und Unternehmen weiterhin als verlässlicher Partner dar.

„Unser Tun“, so hat es Bundeskanzler Ludwig Erhard 1963 formuliert, „unser Tun dient nicht nur der Stunde, dem Tag oder diesem Jahr. Wir haben die Pflicht, in Generationen zu denken und unseren Kindern ein festes Fundament für eine glückliche Zukunft zu hinterlassen.“ In diesem Sinne, liebe Kolleginnen und Kollegen, wünsche ich uns gute und fruchtbare Beratungen und danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.“

KR Spieß spricht für die Fraktion der Freien Wähler:

„Sehr geehrter Herr Landrat, sehr geehrte Frau Meschenmoser, sehr geehrter Herr Baur, meine sehr geehrten Damen und Herren,

der Philosoph Plutarch sagte einmal: Derjenige Haushalt ist der beste, worin man nichts Überflüssiges will aber auch nichts Notwendiges entbehrt. Dieses Zitat war und ist die Leitlinie der Freien Wähler Fraktion im Kreistag Ravensburg für unser politisches Handeln.

Es gab die letzten Jahre schon viel schwierigere Haushaltspläne und Beratungen, da der Landkreis nicht schlecht da steht. Er steht nicht schlecht da, weil es in diesem Landkreis eine starke Wirtschaft und vor allem einen engagierten Mittelstand gibt. Dazu besitzt dieser Landkreis etwas ganz wertvolles, nämlich zum einen motivierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und fleißige Menschen in den Betrieben und zum anderen Menschen, die mit großen und kleinen Taten, mit ihrem Wissen, Können und Interesse dazu beitragen, dass wir unseren Landkreis weiterentwickeln und weiterbringen konnten. Und es gibt unzählige Menschen in diesem Landkreis, die anderen Menschen in einer Notlage Mithilfe und Unterstützung gegeben haben, die Kinder und Jugendliche begleitet haben auf ihrem Weg zu wachsen und zu reifen, die Älteren und Kranken Hilfestellung für die Bewältigung der Alltagssituationen gegeben haben und die sich für das menschliche Miteinander eingesetzt haben. Dafür sagen die Freien Wähler herzlichen Dank.

Und wir als Kreistag sollten alles in unserer Macht stehende Tun diesen Schatz auch in Zukunft mit zu unterstützen. Dazu gehört vor allem eine solide, vorausschauende und sparsame Haushaltspolitik, um den nachfolgenden Generationen noch Luft zum Atmen zu lassen und ein gutes Miteinander vom Landkreis und seinen Gemeinden.

Wir wollen einen kurzen Ausflug in die Bundes- und Landespolitik machen. Erfreulicherweise ist im Haushalt 2015 des Bundes erstmals seit dem Jahr 1969 keine Nettokreditaufnahme mehr vorgesehen. Die günstigen Haushaltseckwerte beruhen im Wesentlichen aber auf der gesamtwirtschaftlichen Situation. Weitere Maßnahmen zur dauerhaften Haushalts-

entlastung sind leider nicht vorgesehen. Nach Einschätzung des Bundesrechnungshofes gibt es eine Reihe von Belastungen und Risiken, die die derzeit günstige Haushaltslage beeinträchtigen könnten. Dies betrifft insbesondere Folgen der meiner Meinung nach unverantwortlichen Leistungsausweitungen in der Rentenversicherung. So schön dies alles klingt und für die Betroffenen auch ist, es ist eine Versündigung gegenüber den nachfolgenden Generationen. Und was immer noch fehlt ist ein Abbau des riesigen Schuldenberges, wir reden bisher nur von einer Nettonullverschuldung. In Jubel braucht man ob dieser Situation sicherlich nicht ausbrechen. Und auch in Stuttgart wurden die Zeichen der Zeit noch nicht erkannt. Grün-Rot – ein Bündnis, das sich Nachhaltigkeit in allen Bereichen der Politik aufs Papier geschrieben hat – kann sich dieser Aufgabe des sparsamen Haushaltes und des Schuldenabbaus nicht entziehen. Trotz dieser tollen gesamtwirtschaftlichen Lage schafft es die Regierung nicht, einen Haushaltsausgleich zu erreichen. Und nach dreieinhalb Jahren kann ich die Leier auch nicht mehr hören, das habe man von der Vorgängerregierung geerbt. Es war jetzt lange genug Zeit den Laden in Ordnung zu bringen. Mit nachhaltigem Sparen hat das noch nichts zu tun – eher mit dem aufziehenden Landtagswahlkampf. Da zitiere ich für die Regierungen in Berlin und in Stuttgart und die auch hier im Raume sie tragenden Parteien gerne den belgischen Staatsmann Paul Henri Spaak mit den Worten: „Für verlorene Gelegenheiten in der Politik gibt es leider kein Fundbüro“.

Nun aber zum Haushalt des Landkreises. Mit diesem positiven Haushaltsjahr 2015 versuchen wir Freien Wähler auch die Weichen für die Zukunft zu stellen.

Eine Grundlage hierfür ist die SWAT-Analyse und die Regionalstudie der Firma Prognos AG. Sie wird uns in vielen Bereichen eine wertvolle Entscheidungshilfe sein. Hier wird dem Landkreis zum einen ein gutes Zeugnis ausgestellt und zum anderen auch viele Chancen für die Zukunft vorhergesagt, genauso wie Probleme und Risiken. Noch nicht alle Kollegen kennen diese Analyse, sie wird im Jahre 2015 im Kreistag vorgestellt. Wir haben im letzten Verwaltungsausschuss darüber beraten, den bisherigen Stand für gut befunden und die Verwaltung mit der weiteren Umsetzung sowie der Integration in den laufenden Kreisstrategieprozess beauftragt. Ein hervorragendes Arbeitspapier für unsere zukünftige politische Arbeit auch wenn die Fraktionen in manchen Punkten unterschiedliche politische Schlüsse daraus ziehen. Es wäre schön gewesen wenn die Presse nicht nur über die Studie berichtet hätte, sondern auch die Diskussion bei der Sitzung verfolgt hätte. Es wäre generell einfach schön, wenn die Schwäbische Zeitung aber auch die anderen Zeitungen und Medien unsere Arbeit hier im Kreistag und in den Ausschüssen ernster nehmen würden und sich in den Sitzungen vor allem direkt ein Bild verschaffen würde. Dies hat dieses Gremium einfach verdient.

Wir als Freie Wähler sehen uns durch die Prognos Studie darin bestärkt, dass gerade im Bereich Infrastruktur weitere Anstrengungen unternommen werden müssen. Ich komme noch darauf.

Wichtig für die Zukunft ist für uns nach der Beschlussfassung über die Leitziele der Kreisstrategie nun die Ausgestaltung der Ziele, also verständlichen Handlungsfeldern mit nachvollziehbaren Kennzahlen.

Ich möchte mich aber hinsichtlich der Debatte über die Kreisstrategie in der letzten Sitzung bei Herrn Landrat Widmaier für seine klaren Worte bedanken, die er an die Fraktion der Grünen gerichtet hat. Wer bei diesem Prozess von einer undemokratischen Vorgehensweise und von Missachtung von Minderheitsrechten redet, der hat das gute Miteinander in diesem Hause die letzten Jahre einfach nicht erkannt. Man kann über die Leitziele politisch diskutieren und auch politisch streiten und auch anderer Meinung sein, aber nicht solche Wortmeldungen von sich geben.

Wir halten es auf jeden Fall für dringend geboten, die Strategie mit Leben zu füllen und festzustellen, welche Aufgaben wirklich wichtig sind und für welche der Landkreis auch wirklich zuständig ist. Meines Erachtens können wir es uns nicht leisten weiterhin Dinge zu finanzieren, die zwar wünschenswert sind aber nicht in unser Portfolio gehören.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, zurück zu unserem Haushalt und gleich zum wichtigsten – unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Wir wollen uns zuerst bei allen bedanken, die tagtäglich Ihre Frau oder Ihren Mann stehen und hervorragende und wertvolle Arbeit für unsere Bürgerinnen und Bürger und das möchte ich nicht vergessen auch für unsere Gemeinden leisten. Der Personaletat steigt dieses Jahr um 5,6 %, oder in Summe um 2,97 Mio €. Dies hat neben den tariflichen Steigungen auch damit zu tun, dass neue Stellen geschaffen werden. Insgesamt sollen 29,7 Stellen neu geschaffen werden. Diese Stellen fallen vor allem im Bereich Asylbewerber und im Bereich Abfall neu an. Grundsätzlich sind die Stellen auch refinanziert, wobei sicherlich das hundertprozentig nur für den Bereich Abfall gilt. Im Bereich Asyl müssen wir Bund und Land weiterhin auffordern die Mittel für die Gemeinden und Kreise aufzustocken, auch wenn Verbesserungen in Sicht sind. Wir stehen hinter diesem Stellenaufbau, bitten aber wie auch von der Verwaltung vorgesehen um eine stufenweise Besetzung mit befristeten Arbeitsverträgen. Keiner weiß wie sich die Asylbewerberthematik entwickelt. Wir werden bei einem noch höheren Zugang sicherlich wie bisher auch für zusätzliche Ressourcen eintreten.

Im Gegensatz zu den vergangenen Jahren stehen wir auch zu der Erhöhung der Personalstellen um 1,9, die nicht refinanziert sind. Hierbei handelt es sich um einen zusätzlich freigestellten Personalrat und um eine befristete Beschäftigung einer schwerbehinderten Person

mit einem Lohnkostenzuschuss. Hiermit wollen wir auch die gute und erfolgreiche Arbeit der Mitarbeiter honorieren. Wir wissen, dass sehr viele Mitarbeiter alles in Ihrem Job geben. Uns ist auch bewusst, dass wir weiterhin Aufgaben noch mehr priorisieren werden müssen. Und wir Freien Wähler waren und sind weiterhin bereit dies auch gegenüber den Bürgerinnen und Bürger mit zu tragen. Auch in Zukunft werden wir deshalb viele Dinge hinterfragen und ggf. auch nicht allem positiv gegenüber stehen. Eine landespolitische Anmerkung zum Personalhaushalt sei erlaubt. Das Land Baden-Württemberg hat sich dem so genannten Konnexitätsprinzip gegenüber den Gemeinden verpflichtet, sprich wer bestellt der soll auch bezahlen. Dies ist mal wieder gründlich schief gegangen bei der Erhöhung der freigestellten Personalräte. Man kann dies politisch für in Ordnung befinden und grundsätzlich ist nichts dagegen einzuwenden, wer sich aber damit brüstet für die Arbeitnehmer einzutreten und die Kosten auf die Gemeinden, Städte und Landkreis abwälzt der begeht ein böses Foul. Hier fehlt uns für die Vorgehensweise komplett das Verständnis.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das Thema OSK hat die letzten Jahre alles andere überlagert. In diesem Jahr hat uns das Sanierungskonzept der OSK ständig begleitet. Das sogenannte 3-Säulen-Modell wurde im Jahre 2014 in vielen Bereichen umgesetzt. Dazu musste die OSK selber einen Beitrag erbringen und zwar durch Überprüfung des kompletten Betriebes. Dies scheint auch geglückt, separat betrachtet macht die OSK eine schwarze Null oder nächstes Jahr sogar ein positives Betriebsergebnis. Einen großen finanziellen Beitrag zur Sanierung leistet das Personal, das über einen Notlagentarifvertrag auch noch die nächsten Jahre Einschnitte hinnehmen muss. Wir danken allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die Unterstützung dieses steinigen und harten Weges. Sie verdienen unseren Respekt und höchste Anerkennung. Wir sind stolz darauf wie das Personal großartige Leistungen erbringt und gerade auch im Pflegebereich versucht der OSK zu helfen.

Wenn man aber eine ehrliche Betrachtung macht, dann müssen alle Zahlen auf den Tisch. dann sieht man wie weit und lang der Weg noch ist. Der größte Teil des Sanierungsbeitrages muss weiterhin vom Landkreis erbracht werden. Und hierzu muss ich betonen, wir als Landkreis sind ein guter Gesellschafter, wir tun alles und zahlen fast alles um diesen Betrieb aufrecht zu erhalten. Wir übernehmen die Miete, zumindest weiterhin größtenteils, wir übernehmen Geräteanschaffungen, wir sorgen für Kapital und übernehmen die regulären Verluste. Um dies mal in Zahlen auszudrücken: Für das Jahr 2015 werden insgesamt 15,83 Millionen EURO aufgewendet. Und es fließt bei weitem nicht alles in den Neubau EK, der Rest sind unsere Unterstützungsleistungen. Und auch die nächsten Jahre werden jedes Jahr hohe Millionenbeträge nötig sein. Es ist auf jeden Fall Geld, das an anderen Stellen fehlt und unsere finanziellen Spielräume nicht größer werden lässt.

Wir sehen, dass die Sanierungsmaßnahmen im Moment greifen und die OSK die gesteck-

ten Ziele bisher wohl erreichen kann. Wir müssen uns für die Zukunft aber weiter wappnen. Es müssen weiterhin große Anstrengungen bei der Sanierung unternommen werden, bisher fiel manches noch leicht, doch jetzt kommen die schwierigeren Dinge. Wir erwarten von der Geschäftsführung auch ohne die Mithilfe der Firma Kienbaum den Sanierungsprozess weiter zu führen und auch von den leitenden Mitarbeitern die notwendige Unterstützung hierzu. Die große Gesundheitspolitik in Bund und Land wird uns weiterhin nur durch kleinere Maßnahmen helfen. Es ist manchmal unausgesprochen, aber für die große Politik ist es klar, dass weitere Kliniken in Deutschland schließen müssen.

Ich halte es immer noch für einen Treppenwitz der Geschichte, dass hier im Süden von Baden-Württemberg die beiden letzten verbliebenen kommunalen Krankenhausgesellschaften gegeneinander um Patienten kämpfen. Mit diesem harten Konkurrenzkampf ist niemanden geholfen. Hier müssen beide Seiten: die OSK und das Klinikum Friedrichshafen mit Ihren Trägern über Ihren Schatten springen und endlich gemeinsam für eine zukunftsfähige Krankenhauslandschaft in Oberschwaben sorgen und intensiver Zusammenarbeiten. Danken möchte ich aber der Geschäftsführung mit Ihnen Herrn Dr. Wolf an der Spitze, der Firma Kienbaum und den Verantwortlichen der IKP, Herrn Baur und Herrn Sauter mit Team für die Umsetzung des Sanierungsprozesses.

Ich möchte mich jetzt noch entlang einiger Themenfelder, die Herr Landrat Widmaier in seiner Haushaltsrede benannt hat, bewegen.

Zur weiteren positiven Entwicklung dieses Landkreises gehören auch die Schulen und Hochschulen. Die Bildung ist für unsere junge Generation absolut wichtig. Als Schulträger müssen wir zum einen für gute Gebäulichkeiten mit der entsprechenden Ausstattung sorgen. Hierzu ist der Investitionsstau jetzt anzugehen. Wir begrüßen das Instandhaltungsprogramm Schulen und natürlich auch der Verwaltungsgebäude. Rechtzeitig vorgenommene Instandhaltung verlängert deutlich die technische Lebensdauer der Bauwerke. Darüber hinaus müssen wir uns auch jedes Jahr hinterfragen, ob unser Schulentwicklungsplan angepasst werden muss. Änderungen der Schulstrukturen, Kleinklassenproblematik, alternative Nutzungsmöglichkeiten, Trend zu höherwertigen Bildungsabschlüssen und steigende Nachfrage nach Ganztagesangeboten und natürlich die Fachkräftesicherung sind dazu die Schlagworte. Und das alles bei sinkenden Schülerzahlen. Hier darf es keine Denkverbote geben. Wir können uns auch bei diesem Thema nicht mehr alles und auch nicht mehr an jedem Ort leisten.

Wichtig ist auch die Unterstützung des Landkreises für seine Hochschulen. Und auch das Netzwerk für Wissens- und Technologietransfer in der Region Bodensee-Oberschwaben in Zusammenarbeit mit der WIR GmbH. Nicht zuletzt angesichts der demografischen Entwicklung und mit Blick auf den zunehmenden Fachkräftebedarf in einem globalen Wirtschafts-

raum ist das Näherrücken von Wirtschaft und Wissenschaft eine wichtige Voraussetzung für die Bewältigung

der anstehenden Herausforderungen.

Das Thema Infrastruktur treibt die Freien Wähler sehr an. Auch hier darf ich die Prognosestudie zitieren, die an erster Stelle den Ausbau flächendeckender Breitbandnetze und die Unterstützung des Zweckverbandes Breitbandversorgung nennt. Der Zweckverband Breitbandversorgung im Landkreis Ravensburg hat im Moment 31 Mitglieder, zwei weitere Gemeinden wollen bis Ende des Jahres Mitglied werden. Sie sehen, fast der ganze Landkreis ist dabei und darum sollten wir auch im nächsten Jahr darüber reden, wie der Landkreis diesen Verband und damit die Gemeinden unterstützen kann. Gleichzeitig soll aber hier im südlichen Baden-Württemberg auch eine Anstalt des öffentlichen Rechts zum Thema Breitband installiert werden. Das Gebiet umfasst insgesamt 12 Landkreise. Wir begrüßen den Beschluss des Kreistages dieser Anstalt beizutreten, damit das Landratsamt als Bindeglied zu den anderen Landkreisen fungiert und auch als Ansprechpartner für die noch verbliebenen 6 Gemeinden, die nicht dem Zweckverband angehören. Wir Freien Wähler fordern hierzu in der nächsten Verwaltungsausschusssitzung eine Debatte, wie die Belange des Zweckverbandes und der anderen Gemeinden in die Anstalt in einen Einklang gebracht werden kann und stellen auch einen Antrag auf Beratung dazu. Für die Zukunftsfähigkeit dieses Landkreises ist es elementar wichtig, dass eine gute Versorgung mit schnellem Internet zur Verfügung steht. Nur so können wir unseren wirtschaftlichen Spitzenplatz behaupten.

Weiter spricht die Prognosestudie von einem wachsenden Engpass bei der Gewerbeflächenversorgung bei einem anhaltenden Investitionsbedarf der Unternehmen. Außerdem herrscht Wohnungsknappheit, was zur Ausweisung weiterer Wohngebiete führen sollte. Immer mehr wird die aber nun auch wissenschaftlich untersuchte und geforderte Eigenentwicklung von Wohn- und Gewerbeflächen in den Gemeinden des Landkreises von den Raumplanungsbehörden beschnitten. Durch die Plausibilitätsprüfung und dem Bauflächenbedarfsnachweis von Seiten des Landes Baden-Württemberg sehen wir die kommunale Selbsthoheit langsam in Frage gestellt. Es geht hierbei um die Frage wie in Flächennutzungsplänen die Gemeinde noch ihre bauliche Entwicklung steuern darf. Es kann nicht sein, dass die Käseglocke über Baden-Württemberg gelegt wird und bei uns so gut wie keine Flächen mehr ausgewiesen werden dürfen. Und ich rufe den Verantwortlichen zu in der Regierung und im Landtag, die Ängste und Nöte von Gemeinden erst zu nehmen und die Realitäten zu erkennen, dass Wohngebiets- und Gewerbegebietserschließungen weiterhin notwendig sind, da wir eine Zuzugsregion sind und auch die Asylbewerbersituation dauerhaften Zuzug nach sich ziehen wird. Es ist für die positive Entwicklung des Landkreises elementar wichtig, dass sich die Gemeinden weiter entwickeln können. Und ich bitte auch im Namen der Freien Wähler die Kreisverwaltung, ihren Ermessensspielraum in diesen Dingen im Sin-

ne der Gemeinden noch mehr auszuüben. Es ist vor allem im Interesse des Landkreises selber, hier zu einem positiven Miteinander zu kommen.

Wichtig ist auch das Thema Verkehr. Die Instandhaltung der Kreisstraßen und der Ausbau von Radwegen muss uns auch einiges wert sein. Beim neuen Radwegekonzeption müssen wir uns aber glaube ich Zeit lassen und sauber die ausgearbeitete Liste darstellen, sonst erwecken wir Begehren, die wir nicht erfüllen können. Und das gibt dann großen Frust.

Aber auch gemeinsam sollten wir weiterhin auf die drängenden Straßenverkehrsprojekte in der Region hinweisen. Im Jahre 2015 werden die Weichen endgültig für den neuen Bundesverkehrswegeplan gestellt. Es muss unser Anliegen sein den Molldietetunnel, den Ausbau der B 30 im Bereich Gaisbeuren und den Ausbau der B 32 in den vordringlichen Bedarf zu bringen, um die stark überlastete Verkehrsinfrastruktur gerade für die Unternehmen aber auch die Bevölkerung zu verbessern. Vordringlich ist auch die Elektrifizierung der Südbahn. Dieses politische Trauerspiel ist ein Paradebeispiel für Politikverdrossenheit. Die gegenseitigen Schuldzuweisungen sind nicht mehr auszuhalten. Und die letzten Jahre ist die Schuld bei allen Parteien zu suchen. Wobei im Moment das Problem für mich ganz klar in Berlin zu suchen ist. Warum hier noch einmal eine Bewertung erfolgen soll, die bei Vorhaben in Bayern nicht angewandt wird, entzieht sich meiner Kenntnis. Und wenn das Land zur hälftigen Finanzierung der Mehrkosten wirklich steht, dann muss endlich Berlin Farbe bekennen. Liebe Abgeordnete der Region, zeigen Sie der Bevölkerung, dass man für eine gute Sache auch mal über den berühmten Schatten springen muss und fangen Sie endlich an gemeinsam das Projekt zum Erfolg und damit zum Bau zu bringen. Letzte Woche wurde hierzu einstimmig einer Resolution der Grünen Fraktion in der Verbandsversammlung des Regionalverbandes parteiübergreifend zugestimmt. Das ist der richtige Weg!

Unser ÖPNV gilt es ebenfalls weiter zu entwickeln. Insbesondere die Entwicklungen flexibler Bedienformen im öffentlichen Verkehrsangebot, die Barrierefreiheit sowie die auch im ländlichen Raum nun vermehrt sinnvoll nutzbare Elektromobilität sehen wir als wichtige Entwicklungsfelder an, denen sich der Landkreis stellen muss, Bodo hat hier schon Erfahrungen. Ebenso sind unsere Energieagentur sowie die WIR GmbH von diesen Themen tangiert und werden zunehmend Antworten auf die Problemstellung der Mobilität im ländlichen Raum - sowohl für die Bewohner, die Kommunen und auch für die Unternehmen - geben können müssen. Wir, die Freien Wähler, würden diesen Themenkomplex gerne aktiv angehen und werden dazu zur nächsten VA-Sitzung einen Antrag formulieren. Nicht zu vergessen dabei ist auch die Entwicklung der Schülerbeförderung. Hier gilt es die Satzung zu überprüfen.

Und so kommen wir zu den fundamentalen Finanz- und Rahmendaten dieses Haushalts. Ganz im Gegensatz zu Manfred Rommel, der einmal erklärte:“ Wir haben ein Problem mit

Soll und Haben, wir sollten aber wir haben nicht“, steht der Landkreis finanziell sehr gut da. Man kann dies schon an der enormen Steigerung der Haushaltssumme erkennen. Wir verhehlen nicht, dass gerade die Steigerung der Ausgaben im Ergebnishaushalt sehr stark mit den gestiegenen Transferaufwendungen zusammen hängen, die wiederum größtenteils vom Gesetzgeber in Bund und Land bestimmt sind. Und das obwohl auch einige positive Aspekte wie eine einmalige höhere Zuweisung aus dem Sozillastenausgleich und der Erhöhung der Unterkunftskosten dieses Jahr eine gewisse Entlastung bringen.

Nach den Planzahlen 2014 sollte die Liquiditätsreserve (was ungefähr der früheren Rücklage entspricht) 2, 7 Mio Euro betragen. Der Kämmerer Herr Baur geht von einer Verbesserung zum heutigen Tage von 8,5 Mio Euro aus. Das heißt, insgesamt hätte die Reserve eine Summe von 11,2 Mio Euro. Ich habe heute zwei Flaschen guten Rotwein mitgebracht. Herr Baur ich möchte mit Ihnen dieses Jahr zwei Wetten um diese Flaschen eingehen. Zum einen wird unser Spezialthema „Grunderwerbsteuer“ dieses Jahr ein Rekordergebnis erzielen. Und somit wette ich mit Ihnen, dass die Grunderwerbsteuer weit über 13,5 Mio Euro betragen wird im Gegensatz zu der von Ihnen prognostizierten 12,66 Mio. Dies habe ich Ihnen auch schon bei der Haushaltsberatung im letzten Jahr vorausgesagt. Außerdem wette ich mit Ihnen, dass das Ergebnis des Haushaltes 2014 sich nicht nur um 8,5 Mio Euro verbessert sondern um über 10 Mio Euro.

Und wir werden auch das Jahr 2015 positiver abschließen als im Plan aufgezeigt. Ich kann bescheinigen, dass Sie für das Jahr 2015 wiederum einen erfolgreichen Haushalt aufgestellt haben. Wir möchten auch keine Ausgaben heute hier streichen oder in Frage stellen. Was wir aber wollen ist, dass die Verwaltung uns in der nächsten VA-Sitzung aufzeigt, wo es noch Einsparmöglichkeiten im Ergebnishaushalt gibt. Es geht um die Aufwendungen für den eigenen Betrieb und die Aufwendungen für die Aufgabenerfüllung. Da müssen wir auch alle anderen Ausschüsse und den Kreistag mit einbeziehen. Ganz nach dem Motto von Aristoteles: „Wir können den Wind nicht ändern, aber wir können die Segel richtig setzen.“

Wir beantragen zusammen mit der CDU-Fraktion die Senkung der Kreisumlage um einen Punkt auf 32,5. Trotz dieser Senkung würden die Gemeinden immer noch 4,52 Mio Euro mehr zahlen als im Jahre 2014. So tragen die Städte und Gemeinden weiterhin dazu bei, dass der Landkreis eine gute Finanzausstattung hat. Uns Bürgermeistern wird gerne vorgeworfen, wir schauen nur auf unseren Kirchturm. Dies weisen wir zurück, weil wir hier alle den Eid geschworen haben, dass wir für gleiche Lebensverhältnisse im Landkreis sorgen werden. Und es kann nicht sein, dass der Landkreis Gelder hortet und Gemeinden Ihre Haushalte nicht ausgleichen können. Natürlich gibt es auch Gemeinden, die gut dastehen, aber es geht hier um eine Gesamtbetrachtung. Wir haben heute die beiden Paradebeispiele in der Schwäbischen, Baienfurt zum einen, Bergatreute zum anderen. Auch die angesprochenen Ausgleiche hinsichtlich der Umsatzsteuer sind kein Ausgleich. Viel mehr stehen

Ausgabensteigerungen und Einnahmeeinbrüche in letzter Zeit dagegen.

Die Landeszuweisungen für die Kleinkindbetreuung sind massiv gesunken, wir haben mit dem Landkreis einen Pakt geschlossen, Asylbewerber auch in der Erstunterbringung auf die Gemeinden zu verteilen, was den Kreis entlastet. Wir haben die letzten Jahre im Gegensatz zu fast allen anderen Landkreisen alle Investitionen und Planungen für die Breitbandversorgung alleine geschultert, auch im Jahre 2013 haben wir auf einen Haushaltsansatz von 100.000 EURO verzichtet. Und wir haben genau so viele Infrastrukturmaßnahmen vor uns wie der Landkreis. Genannt sind dabei Energetische Sanierungen, Straßensanierungen und Veränderungen der Schullandschaft und Ausbau der Kleinkindbetreuung. Deshalb darf es bei uns nicht heißen, dass alle den Gürtel zwar enger schnallen wollen aber jeder am Gürtel des Nachbarn herum fummelt. Sondern ein gemeinsamer Ausgleich muss her.

Es sei auch darauf hingewiesen, dass das Schreiben des RP hinsichtlich der Haushaltsgenehmigung für uns Gemeinden ein bekanntes ist. Wir kennen dies auch, manchmal härter formuliert, mit Briefkopf Landratsamt Ravensburg.

Wir stehen auch weiterhin zu dem Beschluss des Kreistages, der gerade durch unsere Initiative zustande kam, künftige Erträge aufgrund eines gegenüber der Planung verbesserten Jahresergebnisses zu 75 % zum Schuldenabbau zu verwenden. Bei einer schon bestätigten Reserve von 11,2 Mio Euro, die wie beschrieben viel höher sein wird, ist mit den 3,1 Mio EURO Ergebnisverschlechterung weiterhin der Vorgabe Rechnung getragen. Und wir werden damit auch den vom Kämmerer erhofften Verzicht auf die Kreditaufnahme IKP 2015 bewerkstelligen können und somit unser Ziel einer Gesamtverschuldung von 100 Mio Euro ebenfalls gut einhalten können. Und da auch theoretisch noch mehr drin gewesen wäre sehen wir auch die Kreisumlage als verfestigt für die nächsten Jahre an.

Wir werden aber keine weitere Senkung beantragen, weil wir auch bereit sind für die Zukunft vorzusorgen. Die Städte, Gemeinden und der Landkreis sitzen alle in einem Boot. Die Menschen im Landkreis erwarten von uns, dass wir die Herausforderungen der Zukunft auch gemeinsam meistern, wie sie das, sehr geehrter Herr Landrat treffend in ihrer Haushaltsrede gesagt haben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, auch ich habe mir die Freiheit genommen, einige Themen auszulassen oder nur anzureißen. Aber viele Dinge sind vorgegeben, vieles wurde hier ausführlich beraten und braucht deshalb nicht von mir nochmal bekräftigt zu werden oder sie werden mir von den anderen Fraktionen abgenommen.

Die Freien Wähler stimmen diesem Haushalt in allen Bereichen mit Ausnahme des Kreisumlagehebesatzes zu und bedanken sich bei allen Verantwortlichen, an der Spitze Herrn Baur für diesen gut vorbereiteten Haushalt 2015.

In diesem Sinne sage ich herzlichen Dank im Namen der Fraktion an die gesamte Verwaltung mit Ihnen, Herr Landrat Widmaier an der Spitze, für die gute Arbeit das ganze Jahr über. Wir möchten uns bei Ihnen für Ihren letzten Haushalt und im Amt und all die anderen davor bedanken. Unter ihrer Führung ist es gelungen, die letzten 15 Jahre immer ein hervorragendes Zahlenwerk zu präsentieren.

Herzlichen Dank an die Kollegen Fraktionsvorsitzenden und allen Kolleginnen und Kollegen im Kreistag für das gute und kollegiale Miteinander. Wir haben gemeinsam viel erreicht.

Ich wünsche Ihnen allen auch im Namen der Fraktion der Freien Wähler besinnliche Weihnachten und alles Gute für das Jahr 2015. Vielen Dank!“

KR Spangenberg spricht für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

„Sehr geehrter Herr Landrat, sehr geehrte Frau Meschenmoser, sehr geehrte Damen und Herren!

Sie, lieber Herr Widmaier, hören heute zum letzten Mal meine Haushaltsrede. Nicht deshalb, weil dies meine letzte Rede vor diesem Gremium ist – diese Hoffnung kann ich niemandem hier machen – sondern weil Sie demnächst nach erfolgreicher Führung des Landkreises aus Ihrem Amt ausscheiden. Und so will ich einen Teil meiner Haushaltsrede nutzen, um Ihnen für gute Zusammenarbeit zu danken. Es ließ sich zwar nie verbergen, dass Sie dem tiefschwarzen Lager angehören – aber Sie haben Ihr nicht immer leichtes Amt so wie auch Ihr Vorgänger überparteilich geführt und sich bemüht ausgleichend zwischen widerstreitenden Positionen zu wirken. Ich hoffe sehr, dass Ihr Nachfolger einen ähnlich offenen Stil weiterführt.

Sie haben sich auch immer für Ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Landratsamt eingesetzt und so zu einem Gesamtklima wesentlich beigetragen, das ich als angenehm empfunden habe. Und Ihr herzerfrischender Wutausbruch bei der letzten nichtöffentlichen Sitzung des Verwaltungsausschusses, als einige Bürgermeister und Oberbürgermeister mit kleinteiligem Herummäkeln eine berechnete Höherstufung für einen Ihrer Mitarbeiter verweigerten, war Ausdruck dieser Einsatzbereitschaft. Ich bin bei Ihren Leuten hier im Landratsamt immer auf offene Ohren bei meinen Anliegen gestoßen. Das galt auch für Fragen und Fälle mit kontroverser

Beurteilung. Diese Offenheit zeichnet gute Mitarbeiter aus. Und gute Mitarbeiter bekommt man nur, wenn man Ihnen Spielraum gibt, sie nicht am Gängelband führt und Ihnen auch die Ihnen angemessene Vergütung für gute Arbeit zukommen lässt. Nicht nur bei Handwerk

und Gewerbe sind gute Fachleute gesucht und umworben. Das gilt angesichts des demografischen Wandels in unserer alternden Gesellschaft für alle Arbeitsbereiche. - Also auch für die Kreisverwaltung oder beispielsweise für die Menschen, die in unserer OSK ihrer Arbeit nachgehen. Man kann durch kleinliche Entscheidungen im Personalbereich Menschen demotivieren und dadurch großen Schaden anrichten. Es kommt mir schon recht seltsam vor, dass einige Kreisräte, die selber Verwaltungen führen, dort sehr wohl solche Grundüberlegungen beachten und für ihre Häuser auch einfordern, dann aber, wenn es um das Landratsamt geht plötzlich andere Maßstäbe anlegen.

Das gilt genauso für die Erhebung der Kreisumlage.

Da legt die Verwaltung einen Haushaltsplan vor, der praktisch in allen Punkten auf Entscheidungen beruht, die wir im Kreistag nach ausführlichen Beratungen in den Ausschüssen meist einstimmig und manchmal auch als Kampfabstimmung getroffen haben. Da begründet der Kreiskämmerer mit einleuchtenden Argumenten, weshalb die Kreisumlage nicht abgesenkt werden darf, wolle man den Vollzug dieser Entscheidungen nicht gefährden. Und da kommen die Bürgermeister lastigen Fraktionen von CDU und FWV daher und feilschen wie auf einem orientalischen Basar um die Absenkung der Kreisumlage. Nach der Devise: fordern wir erst die Absenkung um zwei Punkte um uns dann auf einen Punkt zu einigen. Und das alles völlig losgelöst von Sachfragen. Um ehrlich zu sagen, welche Projekte gestrichen, welche Angebote an die Kreisbewohner geschmälert oder abgeschafft werden sollen fehlt offensichtlich der Mut. Deshalb mein Appell die Mitglieder von CDU und FWV: lassen Sie sich nicht am Gängelband derer führen, die nicht die Bewältigung der Kreisaufgaben als oberstes Anliegen sehen (wofür sie eigentlich in den Kreistag gewählt worden sind) sondern den Geldsäckel der eigenen Gemeinde im Hinterkopf herumspuken lassen.

Die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen wird dem von der Verwaltung vorgelegten Haushalt schon deshalb zustimmen, weil ihre Mitglieder im Vorfeld fast alle ausgabenwirksamen Beschlüsse und Absichtserklärungen mitgetragen haben. Aber wir werden erkennbaren Tendenzen widerstehen, wichtige Bereiche der Daseinsfürsorge zu privatisieren. Das gilt vor allem für unsere OSK, für die wir Verantwortung tragen und diese auch uneingeschränkt bejahen. Allen Ansätzen in Richtung Privatisierung, wie es sich in den jüngst verabschiedeten Leitsätzen zur Kreisstrategie widerspiegelt werden wir mit allen legitimen Mitteln entgegen treten.

Gleiches gilt für den weiterhin wuchernden Flächenfraß. Auch hier haben die beiden Bürgermeisterfraktionen von FWV und CDU gegen den Einspruch von Grünen, SPD und ÖDP ihre Mehrheit genützt, um in den Leitsätzen schädliche lokale Interessenspolitik fest zu

schreiben.

Die mahnenden Worte des scheidenden Umweltbeauftragten Günter Kuon habe ich noch gut in den Ohren, der in seiner Abschiedsrede vor dem AUT den Landkreis mahnend daran erinnerte, dass es eben nicht dessen Aufgabe sei, bauwilligen Kommunen den Weg für ihre Vorhaben zu ebnen, sondern darauf zu achten seine gesetzlich vorgeschriebene Kontrollfunktion gerade gegenüber solchen Gemeinden auch mit Nachdruck wahr zu nehmen. Wir werden darauf achten, dass dies auch geschieht.

Und ganz deutlich möchte ich für unsere Fraktion auch sagen, dass wir beim Thema Straßenbau die vordringlichste Aufgabe darin sehen, den Bestand zu sichern, ehe neue Projekte begonnen werden.

Auf allen politischen Ebenen, (Bund, Länder, Kreise und Gemeinden) wurde in den letzten Jahrzehnten der Erhalt des Bestehenden sträflich vernachlässigt zugunsten immer neuer Projekte. Hier unterstützen wir alle Bestrebungen zugunsten von Erhaltungsmaßnahmen. Und das ist langfristig immer billiger als das Setzen auf Neubauten.

Nur ein Beispiel: das Prestigeprojekt zweier Bürgermeister einer neuen überdimensionierten Brücke über die Argen zwischen Eglofstal und Steinegaden mit der Folge von massiertem Schwerlastverkehr durch ein jetzt noch schönes Tal statt die bestehende in ihrer Breite völlig ausreichende Brücke zu sanieren, wird von uns weiterhin abgelehnt und bekämpft. Übrigens könnte hier der Kreis erheblich Geld einsparen, sollte die Kreisumlage gesenkt werden. Wir werden das zu gegebener Zeit erneut beantragen.

Aber ich weise nochmals darauf hin: bei allen bestehenden Differenzen zwischen uns und den beiden Mehrheitsfraktionen gibt es in vielen Bereichen der Kreispolitik übereinstimmende oder ähnlich bewertete Absichten und Beschlusslagen. Aus Zeitgründen (wir haben vereinbart, uns bei unseren Haushaltsreden auf 20 Minuten zu beschränken) gehe ich darauf nicht näher ein.“

Anschließend begründet KR Spangenberg die einzelnen Anträge der Grünen-Fraktion, die bereits mit den Sitzungsunterlagen verschickt worden waren.

KR Bindig spricht für die SPD-Kreistagsfraktion:

„Sehr geehrte Damen und Herren!

Wir diskutieren heute den letzten Haushalt, der unter der Verantwortung von Herrn Landrat

Widmaier von der Kreisverwaltung vorgelegt worden ist. Unser Tun und Handeln, so hat der Landrat betont, soll dem Wohl der Menschen in unserem Landkreis dienen. Daran hat sich die Verwaltung bei der Erarbeitung des Haushaltes zu orientieren. Dasselbe gilt auch für uns Kreisrätinnen und Kreisräte. Ich komme darauf zurück.

Die Grundstruktur des Haushaltes bemüht sich weiterhin darum, eine neue Gestalt anzunehmen. Die einzelnen Ausgabenbereiche sollen sich aus Leitziele ableiten, die wiederum in der Kreisstrategie vorgegeben sind. Haben wir für den Haushalt 2014 eine „vorläufige Kreisstrategie“ zu Grunde gelegt, die weitgehend von der Verwaltung erarbeitet worden ist, so haben wir jetzt eine Kreisstrategie, die aus Beratungen und einer Beschlussfassung hier im Kreistag hervorgegangen ist. Dass diese Strategie einige im wahrsten Sinne des Wortes „schwarze Flecken“ enthält haben wir letzte Sitzung ausgiebig erörtert. Wir werden im kommenden Jahr daran arbeiten, diese „schwarzen Flecken“ zu beseitigen.

Richten wir nun einen Blick auf die Zahlen des Haushaltes, diesmal hauptsächlich auf die Einnahmeseite. Um Wiederholungen zu vermeiden, will ich mich in dieser Rede hauptsächlich auf eine Erörterung dieses Teils des Haushalts beschränken.

Die Finanzen des Landkreises speisen sich im Wesentlichen aus den Verschieden Zuweisungen, den Erträgen aus Verwaltungsleistungen, den Erträgen aus eigenem Vermögen, der Grunderwerbssteuer und der Kreisumlage.

Die Erträge aus den Zuweisungen haben sich dank der kommunalfreundlichen Politik des Landes und des Bundes deutlich verbessert, die Erträge aus Verwaltungsleistungen bewegen sich ziemlich konstant.

Aus unserem großen Vermögen an der OEW erhalten wir immer weniger Geld von 13,1 Mio. € über 8,7 Mio. € und 5,5 Mio. € sind es jetzt mal gerade noch 2,2 Mio. € Dies ist und bleibt die Folge des jahrelangen falschen Atomkurses der OEW. Es ist und bleibt ein belastendes Erbe von „Schwarzgelb“.

Neu hinzugekommen sind die beachtlichen Einnahmen des Landkreises und der Kommunen aus der erhöhten Grunderwerbssteuer. Auf Landesebene ist diese heftig politisch bekämpft worden; jetzt werden die Erträge dankbar mitgenommen.

Bleibt als wichtige Einnahmequelle die Kreisumlage. Der Landkreis finanziert sich z. Zt. mit 31 % aus der Kreisumlage und eine gleiche Kreisumlagequote von 31 % der Ausgaben des

Kreises ist auch für 2015 vorgesehen. Die absoluten Beträge aus der Kreisumlage steigen wegen der steigenden Steuerkraftsummen der Gemeinden, aber auch die Ausgaben für Sozialleistungen und Investitionen werden steigen.

Nun haben FWV und CDU (und ich nehme an, dass sich die FDP-ler dem anschließen) den Antrag gestellt, die Kreisumlage um einen Punkt zu senken, das macht rund 3.1 Mio. € aus. Die Begründung haben wir gerade gehört. Da werden die vielfältigen Anforderungen genannt, denen sich die Gemeinden gegenüber sehen. Dem muss aber entgegengehalten werden, dass sich eben auch die Steuerkraftsummen der Gemeinden mit 8 % Zuwachs deutlich erhöht haben. Ebenso sind die direkten Finanzaufweisungen an die Gemeinden gestiegen. Zudem hat der Landkreis ebenfalls erhebliche neue Anforderungen abzudecken. Allein für die Asylbewerberbetreuung sind 2015 rund 8 Mio. € aufzubringen.

Dann wird vorgebracht, dass beim letzten Jahresabschluss Überschüsse gemacht worden sind. Ja bitte, wie soll sich denn ein Kreiskämmerer verhalten?

Soll er die Zahlen ganz knapp ansetzen und dann ein Defizit über einen Nachtragshaushalt abdecken oder ist da nicht besser, dass die Zahlen im Ergebnishaushalt so angesetzt werden es dass es zu einem Überschuss kommt, der dann zur Schuldentilgung verwendet wird.

Die Bürgermeister wollen doch auch erreichen und sich dann in der Gemeinde damit brüsten, dass kaum oder keine Schulden gemacht und dass vielleicht sogar Schulden getilgt werden. Wir haben hier beschlossen, dass von positiven Ergebnissen 75 % in die Schuldentilgung fließen sollen. Außerdem hat der Landkreis sich das Ziel gesetzt, die 100 Mio. € Schuldengrenze einzuhalten. Da gab es hier einen einstimmigen Beschluss. Herr Bauer hat uns seine Berechnungen vorgelegt, wonach bei verringertem Kreisumlagesatz die 100 Mio. Schuldengrenze wohl kaum einzuhalten sein wird. Es sei denn, es kommt zu deutlichen Kürzungen im jetzt schon begrenzten Investitionshaushalt.

Da wird weiter argumentiert - und damit zumindest indirekt beklagt - dass die Ausgaben vor allem im „konsumtiven Bereich“ stattfinden. Offensichtlich sind damit die hohen Sozialausgaben gemeint, die bei 112,4 Mio. € liegen. Hier handelt es sich ja nicht darum, dass freiwillige Sozialleistungen ausgestreut werden. Es handelt sich um gesetzliche Pflichtaufgaben, für die der Landkreis auch hohe Zuweisungen von Bund und Land erhält. Bei den freiwilligen „konsumtiven Leistungen“ erleben wir immer wieder, dass gerade aus den Fraktionen, die dem Kreis jetzt die Mittel reduzieren wollen, die Anträge kommen, doch bitte noch diese freiwillige Ausgabe für die Landwirtschaft zu tätigen oder auf diese Weise oder jene Weise

Wirtschaftsförderung zu leisten.

Aber ich will sie nicht weiter mit Tatsachen verwirren.

Wer dem Landkreis 3.1 Mio. € wegnehmen will, der sollte auch sagen, wo dies geschehen soll. Soll dem Landkreis, die Möglichkeit genommen werden im Jahresverlauf ein positives Ergebnis im Ergebnishaushalt zu erwirtschaften, um damit Mittel für Investitionen zu erwirtschaften oder in die Schuldentilgung einzutreten. Die derzeitigen Schulden liegen bei 80,3 Mio. € und werden nach dem Haushaltsentwurf 2015 bei einer Kreisumlage von 33,5 Punkten auf 81,1 Mio. € ansteigen. Bei einer Kürzung der Kreisumlage werden die Schulden in 2016 auf 84,3 Mio. € ansteigen. Wie soll die Kürzung der Einnahmen sonst in den Haushalt eingearbeitet werden? Soll das schon jetzt magere Programm der Schulinvestitionen reduziert werden, soll das Kreisstraßenbauprogramm gestreckt werden, sollen weniger Radwege gebaut werden, sollen die Ausgaben im Kulturbereich reduziert werden?

Dies anzugeben, der eigentlich politischen Aufgabe der Haushaltsaufstellung, entziehen sich die Antragsteller. Dazu schreiben sie: „Des Weiteren beantragen wir, dass die Verwaltung in der nächsten Verwaltungsausschusssitzung des Kreistages aufzeigen soll, wo Einsparmöglichkeiten im Erfolgsplan (Ergebnishaushalt) möglich sind.“

Wer einen Kürzungsantrag von 3,1 Mio. € stellt, hat auch die „verdammte Pflicht und Schuldigkeit“ ganz konkret zu sagen, wo die 3,1 Mio. € weniger veranschlagt werden sollen. Wenn sie das nicht können oder wollen, werden sie ihrer Aufgabe als Mitglieder des Kreistages nicht gerecht. Das Haushaltsrecht ist das „Königsrecht“ des Parlaments, dazu gehört aber auch die Pflicht klare Angaben zu machen, wie Kürzungen im Haushalt finanziert werden sollen.

Bei den Zahlengrößen gibt es eine interessante Entsprechung. Im Haushaltsentwurf steht auf Seite 18: „Im Sozialetat federt der um“ - achten sie auf die Zahl – „3,1 Mio. € erhöhte Soziallastenausgleich des Landes die Kostensteigerungen ab.“ So kann es doch nicht laufen, dass das Land den Landkreis um 3,1 Mio. € entlastet und der gleiche Betrag dann von den Kommunen wieder abgegriffen wird, obwohl diese auch direkt Entlastungen vom Land erhalten. So wollen die Gemeinden zweimal von den Entlastungen des Landes profitieren.

Herr Landrat, Herr Baur, es ist bereits heute zu regeln, wie die mögliche Kürzung der Kreismittel konkret in das Zahlenwerk eingebaut werden soll. Dies kann nicht irgendwann geschehen, Wir können nur einen Haushalt verabschieden, der in sich stimmig ist.

Das kann auch nicht nur dem Verwaltungsausschuss übertragen werden. Der ganze Kreistag und nicht nur ein Ausschuss hat das Recht und die Pflicht die Haushaltspositionen zu bestimmen.

Bei diesem Haushalt handelt es sich um eine Vorlage, welche der Landrat zu verantworten hat. Er ist sein Haushalt! In seiner Haushaltsrede hat er gesagt – ich zitiere: „ Spielraum für eine Absenkung nach unten sehen wir dagegen nicht. Der absolute Betrag aus Einnahmen aus der Kreisumlage steigt aufgrund der positiven Entwicklung der Steuereinnahmen der Gemeinden an. Zur Erfüllung der beschriebenen Aufgaben benötigen wir dieses Geld in der Kreiskasse.“ Und jetzt kommt der entscheidende Satz: „Eine Absenkung des Kreisumlagesatzes würde uns in die Schuldenfalle führen.“

Soll dies geschehen?

Man kommt sich ja als Sozialdemokrat schon etwas eigenartig vor, den Haushalt des Landrates hier so intensiv zu verteidigen. Der Landrat hat bekanntlich den - durchaus freundlich gemeinten - Spitznamen: Black Jack. Wohl bemerkt, er wird nicht „Green Jack“ oder gar „Red Jack“ genannt, sondern eben „Black Jack“. Das „Black“ soll zum Ausdruck bringen, dass er zu den Schwarzen gehört, also zur CDU.

Wenn nun aber sie, seine CDU, ihm den Haushalt und vor allem auch die mittelfristige Finanzplanung des Landkreises so durcheinander wirbeln, wie dies durch eine Absenkung der Kreisumlage geschehen wird, dann desavouieren sie ihn. Sie verpassen ihm symbolisch einen kräftigen Tritt. Sie begehen ein Foul an ihm.

Das hat der Landrat nun wirklich nicht verdient, wenn er sich für die Interessen des Landkreises einsetzt, wie er dies mit diesem Haushalt tut und meistens während seiner Amtszeit getan hat.

Es wird noch so weit kommen, dass er bei uns, die wir uns schon immer für Leute einsetzen, die politisch verfolgt werden, politisches Asyl anbieten müssen. Wir sichern ihm auf alle Fälle eine gute Sozialbetreuung zu.

Aber auch sie meine Damen und Herren, Kolleginnen und Kollegen Kreisrätinnen und Kreisräte müssen sich die Frage gefallen lassen, ob Sie ihrer Aufgabe gerecht werden. Erst vor wenigen Wochen sind sie verpflichtet worden und haben dem Landrat per Anschlag ver-

sprochen, sich für die Interessen des Landkreises einzusetzen. Dieser Appell richtet sich vor allem an die Nichtbürgermeister hier im Kreistag. Davon soll es ja einige geben. Die Aufgaben und die Interessen eines Landkreises sind mehr als die Summe von Bürgermeisterinteressen. Darauf hat der Landrat pflichtgemäß hinzuweisen.

Der Antrag lässt auch die alte Frage wieder hochkommen, sollten die Bürgermeister das Recht haben, für den Kreistag zu kandidieren. Wir haben hier oft erlebt, dass in den Ausschüssen und auch im Kreistag die Bürgermeister durch ihre kommunalpolitische Erfahrung wichtige Beiträge erbringen.

Bei der Entscheidung über die Kreisumlage kommen sie jedoch in ein Dilemma: sie müssen die Gemeindeinteressen gegen die Kreisinteressen abwägen. Da kommt es dann leicht zu einem „Pawlowschen Bürgermeisterreflex“: wenn das Wort Kreisumlage fällt, führt dies zum Reflex: „absenken“. Dies geschieht als Folge einer Art Konditionierung. Schade, dass es nicht die Möglichkeit gibt, die Bürgermeister bei der Frage der Abstimmung über den Kreisumlagesatz für befangen zu erklären.

Da dies natürlich nicht geht, sollten die Ober- und Bürgermeister sich aber ihrer besonderen Verantwortung bewusst werden und hier besonders sorgfältig zwischen Kreisinteressen und Kirchturmspolitik abwägen.

Bemerkenswert ist für mich auch, wie der so genannte bürgerliche Block hier im Kreistag seit einiger Zeit agiert. In den ersten Jahren im Kreistag habe ich es immer als wohltuend empfunden, dass hier differenziert über die Fraktionsgrenzen argumentiert wird und auch in den Fraktionen unterschiedlich abgestimmt worden ist. Jetzt treten CDU und FWV immer mehr als Einheit und Stimmblock auf.

Wer geglaubt hat, dass die Freien Wähler und die CDU zwei halbwegs eigenständige Gruppierungen seien, muss jetzt erleben, dass sie immer mehr zu 2 Seiten einer Medaille werden. (Die FDP gibt dazu noch den Rand ab.) Vielleicht sollten sie sich zu zur oberschwäbischen Einheitspartei OEP zusammenschließen.

Unsere Fraktion legt zu den Haushaltsberatungen 5 Anträge vor: 2 Anträge kommen aus dem Bereich Ökologie, Klima, Naturschutz, und je ein Antrag bezieht sich auf die Betreuung der Asylbewerber, auf den behindertengerechten ÖPNV im Landkreis und ein Antrag mit der Altenhilfe und Pflegeplanung.

Beim Klimaschutz sind wir der Auffassung, dass sich der Landkreis intensiver dieser Frage annehmen muss, als dies bisher im Rahmen des European Energy Award geschieht. Wenn es nicht zu größeren Anstrengungen auf allen politischen Ebenen kommt, also auch hier im Landkreis, wird Deutschland seine Verpflichtungen nicht einhalten können, bis 2020 seine Treibhausemissionen um 40 Prozent gegenüber 1990 zu reduzieren. Es wird eine Lücke von 6-7 Prozent entstehen. Diese Lücke gilt es zu schließen. Dies ist nicht nur eine Aufgabe von Bund und Land. Der Landkreis sollte sorgfältig prüfen, welchen Beitrag er noch zusätzlich für den Klimaschutz erbringen kann.

Ein weiterer Antrag aus dem Bereich der Ökologie bezieht sich auf das Seenprogramm. Da Gewässer eine ganz besondere Bedeutung für die Biodiversität haben, sind wir der Auffassung, dass die bei Pro Regio bereits unternommen Überlegungen wieder intensiviert werden sollten, neben der Sanierung von Gewässern auch an die Wiederbespannung ehemaliger Weiher zu denken.

Neulich hatten wir die – ja auch aus der Region stammende - Behindertenbeauftragte Verena Bentele auf einer Veranstaltung zu Gast. Mehrere Behinderte haben dargelegt, welche besonderen Probleme sie beim ÖPNV im Landkreis haben. Dies gilt insbesondere für den zwischenörtlichen Verkehr. Der Gesetzgeber hat im Personenverkehrsgesetz vorgegeben, dass bis 2022 nicht mehr nur „weitgehende Barrierefreiheit“ sondern „vollständige Barrierefreiheit“ erreicht werden soll. Hier werden etliche Einzelmaßnahmen vorzunehmen sein, die haushaltsmäßig in den nächsten Jahren zu bedienen sind.

Wer damit nicht rechtzeitig beginnt, wird dies später nicht verkraften können. Da mutet es schon merkwürdig an, wenn der Jahresabschluss 2013 ein „besseres Ergebnis im Bereich der Schülerbeförderung“ in Höhe von 1,2 Millionen aufweist. Auch im Schülerverkehr werden durch die Inklusion weitere Anforderungen an die Behindertengerechtigkeit des ÖPNV entstehen. Das braucht Zeit, bis sich die privaten Vertragspartner, auf die Veränderungen eingestellt haben und entsprechendes Busmaterial besorgt haben.

Die zunehmende Zahl der Asylbewerber lässt den Bedarf an Sozialbetreuung steigen. Schon im letzten Haushalt 2014 haben wir eine Aufstockung der Zahl der Betreuer gefordert. Dies ist auch geschehen. Es war richtig und notwendig, dass das Land den unzureichenden Personalschlüssel von 1:160 auf künftig 1:134 verbessert hat. Da das Land jetzt eine bessere Betreuung finanziert, sollte zügig - und nicht erst stufenweise nachhinkend - auf diesen Schlüssel umgestellt werden.

In einem weiteren Antrag im Sozialbereich beantragen wir eine neue Altenhilfe- und Pflegeplanung, die sowohl die Zahl der Heimplätze, der Tages- und Nachtpflegeplätze, der Kurzzeitpflegeplätze betrachtet und auch die Hilfs- und Unterstützungsangebote im „vorpflegerischen Bereich“ einbezieht, ebenso wie die Angebote für Demenzkranke. Die Planung soll auch ein Augenmerk auf die Mobilität, Möglichkeiten der Teilhabe und die Schaffung neuer Wohnformen richten.

Vier der Anträge werden im kommenden Jahr nicht unmittelbar haushaltswirksam. Sie werden Haushaltsansätze in den Folgejahren erfordern. Lediglich der Antrag zur besseren Asylbewerberbetreuung hätte unmittelbare Haushaltsauswirkungen, die allerdings in einer Größenordnung üblicher Einzeletatvariation liegen.

Was die Neugestaltung des Haushaltes angeht, so hatte in meiner letzten Haushaltsrede moniert, dass die Neugliederung und Darstellung viel an inhaltlicher Substanz hat verlieren lassen, die erforderlich sind, um die Zahlen deuten und verstehen zu können.

Es ist anzuerkennen, dass die Verwaltung sich bemüht hat das Pendel, welches zu weit in Richtung inhaltsleere ausgeschlagen war, wieder etwas zurück zu nehmen. Die Erläuterungen zu den einzelnen Haushaltspositionen stehen jetzt nicht nur wieder näher bei den Zahlentabellen und sondern sie führen auch wieder kurz in das jeweilige Aufgabenfeld ein. Nicht bei allen Dezernaten, so aber doch in einigen.

Hier möchte ich mich ausdrücklich bei der Verwaltung bedanken, welche im Herbst zu Beginn der Haushaltsaufstellung mit mir die letztjährige Kritik nachgearbeitet hat. Dies hat zu einer Verbesserung geführt. Vor die drei Leitfragen: Was wollen wir erreichen? Was wollen wir dafür tun? Was müssen wir dafür einsetzen? sollte immer noch eine Kurzdarstellung kommen: Was ist? bzw. Wie ist die Lage? Die Kreiskämmerei hat dies „Allgemeine Informationen“ genannt. Wirklich gut würde die Darstellung, wenn dann nach den Leitfragen nach stünde: Was wäre zu tun? bzw.: Was müsste getan werden, aber was können wir uns im Moment aus Gründen knapper Haushaltsmittel noch nicht leisten, sondern müssen es vorläufig zurückstellen?

Abschließend stellen wir fest:

Wir werden dem Haushalt des Landkreises zustimmen, wie er vom Landrat und Kämmerer vorgelegt worden ist. Wir meinen, dass ein Landkreis die Möglichkeit haben muss, mit einer gewissen Kontinuität planen und rechnen zu können. Wie sollen sonst Investitionen kalku-

liert und ein Schuldenmanagement vorgenommen werden, die eine gewisse Kontinuität und Stabilität und damit Verlässlichkeit aufweisen. Jeder, der einen solchen Haushalt aufzustellen hat weiß, welche Verwerfungen bereits durch die Wirtschaftsentwicklung, durch Beschlüsse von Bund und Land entstehen können. Da sollten wir aus der Region nicht wegen kurzfristiger Vorteile dem Landkreis in zusätzliche Turbulenzen bringen.

Wir bedanken uns beim Kämmerer und seinen Mitarbeitern für die Ausarbeitung des umfangreichen Zahlenwerkes. Wir wissen, dass noch viel Arbeit auf die Kämmerei zukommen wird, wenn die sich abzeichnenden Beschlüsse heute hier so wie beantragt gefasst werden sollten. Es gilt dann ja nicht nur die Einnahmeverringerung in den Haushalt einzuarbeiten, sondern auch die ganze bisherige Mifri ist dadurch obsolet geworden. Mit welchem Kreisumlagesatz soll diese eigentlich kalkuliert werden?

Wir werden dem vom Landrat und Kämmerer vorgelegten Haushalt in unveränderter Form zustimmen. Wir halten ihn in der Vorlageform für solide und den Interessen des Landkreises und dem Wohl seiner Bewohner dienend.“

KR S. Scharpf spricht für die Fraktion der ÖDP:

„Sehr geehrter Herr Landrat, sehr geehrte Frau Meschenmoser, sehr geehrte Anwesende! Dies ist meine zweite Haushaltsrede diese Woche, die erste als Kreisrat. So richtig nur Stadtrat von Ravensburg und nur Kreisrat vom Kreis Ravensburg zu sein, fällt schwer, weil sich Gefühle schwer trennen lassen. Dazu kommt, dass unsere Fraktion nicht zu den „Macht habenden“ Fraktionen gehört, sondern zu den kritischen Begleitern der großen Fraktionen. Zunächst aber gilt es, der Leitung und den Mitarbeitern des Landratsamtes für ihre wertvolle Arbeit zu danken. Es wird viel und sehr gut und sehr gewissenhaft gearbeitet. Manchmal auch zu gewissenhaft, wenn man als Familie einen BAföG-Antrag stellen muss.

Als bisheriger Kunde des Landratsamts muss ich auch sagen, dass sich das Kundenservicecenter unheimlich positiv entwickelt hat und man überall im Amt sehr freundlich und zuvorkommend behandelt wird. Wir glauben auch, dass es überhaupt das Wichtigste ist, dass man als Amtsverwaltung mit allen Menschen äußerst freundlich umgeht. Das hat jeder Mensch verdient, egal, in welcher Situation er mit uns zusammentrifft. Was auch noch dringend gesagt werden muss, dass wir den schönsten und vielfältigsten Landkreis verwalten dürfen, den man sich vorstellen kann.

Mit der neuen Kreisstrategie haben wir uns wichtige Ziele und Inhalte gesetzt. Dass einige

Punkte beim Flächenverbrauch und dem Erhalt der kommunalen Krankenhäuser abgeschwächt wurden, ist dem Ansinnen geschuldet, dass man sich für die Zukunft alle Optionen offen halten will. Darüber lässt sich vortrefflich streiten. Am Ende geht es immer nur um das liebe Geld, woher man es bekommt und was man damit machen will. Tatsächlich ist das Landratsamt der Partner der Bürger und der Wirtschaft im Landkreis.

Wir haben aber auch die politische Verantwortung zu tragen, das Gleichgewicht der Kräfte, die keine Lobby haben, zu erhalten. Im Umgang mit der Natur und dem Flächenverbrauch müssen unsere Planungen sehr bescheiden ausfallen. Wenn wir die Ausbaustandards für einzelne Straßen und Radwege, aber auch für Verwaltungsgebäude und Schulen senken, können wir dafür auch mehr Projekte verwirklichen. Die Zeit der „Großkotzigkeit“ ist vorbei. Damit kommen wir zum Thema Energie. Hier muss die Absicht absolut im Vordergrund stehen, dass der Landkreis allerweitestgehend seine benötigte Energie umweltfreundlich selbst erzeugen kann. Die Möglichkeiten dazu sind uns allen bekannt. Wie wichtig das ist, spüren wir an den Folgen des Klimawandels. Denken Sie nur an die Kosten der Unwetter auch mit extremen Hochwässern wie im Mai/Juni 2013. Wir haben heute 2014 Rekord-Steuereinnahmen. Wir als ÖDP werben wie alle anderen für eine intelligente Sparsamkeit, die sowohl naturverträglich – also auch klimaschonend – als auch wirtschaftlich gewinnbringend ist.

Dazu nur ein Beispiel: Unsere Weiher und Seen. Gut und lobenswert, dass sie erhalten und gepflegt werden. Auch mit Steuermitteln aus dem Weiher- und Seen-Programm. Aber irgendwann sprudeln die Steuern nicht mehr so stark. Und spätestens dann sind die Weiher und Seen stärker, wenn sie auch Ertrag bringen. Mit dem Ertrag aus dem Stromgewinn aller unserer Gewässer finanzieren sie ihre Erhaltung selbst und dazu haben wir noch durch die zusätzlichen Staumöglichkeiten einen kostenlosen Hochwasserschutz erhalten. Ökologie und Ökonomie, so funktioniert etwas! Deshalb haben wir beantragt, Wasserkraft-Fachleute dazu zu ermuntern, sich mit Vorschlägen an die Kreisbehörden zu wenden. Vorschläge für neue oder wieder nutzbare Wasserkraft-Standorte. Richtig verstanden kann das Erhaltungskosten sparen helfen. Und gerade weil Naturbestandteile – wie unsere Weiher und Seen – so wichtig sind, etwa für Hochwasserschutz, dürfen wir ihren Schutz nicht allein abhängig machen von den Steuereinnahmen. Da sind zusätzliche Finanzierungsquellen notwendig: wirtschaftliche. Etwa aus Stromverkauf dank Wasserkraft. Also Finanzierungsquellen, die wir ab jetzt so langsam schon anzapfen sollten.

Es liegen Anträge vor, dass der ÖPNV behindertengerecht, auch wegen der anstehenden Inklusion, ausgebaut wird. Das ist gut so. Nur müssen wir zuerst verhindern, dass die EU

ein Unterkompensationsverbot umsetzt, das unsere steuerlichen Querverbünde aushebeln würde und zusätzlich Kosten entstehen, die wir nicht tragen könnten. Generell fordern wir, den ÖPNV attraktiver zu machen, um dem latenten Verkehrsinfarkt in den Innenstädten zu begegnen. Eine Möglichkeit ist hierbei, den ÖPNV zum Nulltarif anzubieten durch Umlagefinanzierung. Das wäre echte Lärminderung und Luftreinhaltung!

Eine gleich große Gefahr für den Kreis stellen die derzeit verhandelten Freihandelsabkommen TTIP, CETA und TISA dar, die eine Machtverschiebung weg von der kommunalen Selbstverwaltung hin zu multinationalen Konzernen bewirken, falls wir uns nicht entschlossen dagegen stellen.

Beim Thema Bildung und Fürsorge für Familien ist uns von der ÖDP ganz wichtig, dass alle politischen Entscheidungen des Landkreises darauf abzielen, die Familien zu erhalten und zu stärken. Dass Kinder genügend Freiraum und Gestaltungsspielraum haben und so oft wie möglich wenigstens mit einem Elternteil zusammen viel Zeit verbringen können.

Außerordentlich bedauern wir immer noch im Nachhinein die Entscheidung, die beiden Krankenhäuser in Isny und Leutkirch zu schließen. Es spricht Bände, dass jetzt die Einsatzzeiten für die Wege der Krankenwagen und Notärzte verlängert werden sollen. Natürlich ist das EK ein Krankenhaus für spitzenmäßige Medizin, die Menschen wollen aber auch vor Ort ein heimeliges Krankenhaus, vor dem sie keine Schwellenangst haben. Die Entscheidung des Kreistags war eine Folge der falschen Gesundheitspolitik der Bundesregierung. Die Anträge von CDU, SPD und Grünen sind soweit in Ordnung. In Sachen Tages- und Kurzzeitpflege muss sich der Landkreis und natürlich auch wir etwas einfallen lassen. Die zuständigen Mitarbeiter müssen tageweise telefonieren, um irgendwo in einigermaßen zumutbarer Entfernung einen Platz zu finden. Das ist auch für die Angehörigen schrecklich. Sind da nicht Krankenhäuser, die umgenutzt werden könnten?

Im Grunde nach liegen alle Probleme der EU daran, dass die menschliche Arbeitskraft besteuert wird und nicht die verbrauchte Energie und Rohstoffe. Würde man die Lohnsteuereinnahmen den verbrauchten Ressourcen zuschlagen, wären neue Waren teurer, die Reparatur und Erhaltung aber billiger. So käme eine Kreislaufwirtschaft zustande, bei der die Reparatur z. B. einer Waschmaschine billiger wäre, als eine neue zu kaufen. Gerade in Bezug zur Ausbeutung der Erde wäre diese strukturelle Umschichtung die einzige Alternative. Die Großkonzerne würden kleiner, die Reparatur- und Kundendienste vor Ort würden eine wichtige Stütze der Gesellschaft. Auch in wirtschaftlicher Hinsicht wäre alles näher beieinander und Familienbetriebe könnten sich um den Erhalt der bereits produzierten Güter kümmern.

Doch das ist EU- und Bundespolitik, für die wir uns in den übergeordneten Gremien einsetzen müssen.

Nun zur soliden Finanzpolitik des Kreises: 33,5 oder 32,5 %? Die Bürgermeister werden siegen! Wir glauben trotzdem, dass der Kreis handlungsfähig bleibt. Im Moment sprudeln die Geldquellen noch, bei einem Ergebnis 2014, das um die 8,8 Millionen € besser ist, als erwartet, ist 1 Punkt Absenkung der Kreisumlage vertretbar, auch weil Städte und Gemeinden immense Aufgaben zu schultern haben.

Insgesamt glauben wir eher daran, dass wir alle irgendwann insolvent gehen, da unsere Art, wie wir als Gesamtheit mit der Erde umgehen, sich in der Zukunft als nicht tragfähig erweisen wird.

Bis dahin wünschen wir allen Zuhörern eine gute Zeit, Gesundheit und besinnliche Weihnachten. Die größte Vorfriede auf das neue Jahr wird der Herr Landrat haben, in der Gewissheit, dass dieser Stress und die Grabenkämpfe für ihn bald zu Ende gehen. Ich selbst bin Ihnen aufrichtig neidisch.

Vielen Dank für Ihre Zeit.“

KR Bürkle kontert den Vorwurf des KR Bindig, die vorgeschlagene Senkung der Kreisumlage käme nur den Bürgermeistern im Gremium zugute. Er verweist auf eine Presseveröffentlichung zum Haushalt der Gemeinde Aulendorf, die deutlich aufzeige, dass dieses Geld allen Gemeinden im Landkreis willkommen wäre.

KR Abler spricht sich für die Beibehaltung der 33,5 Punkte aus. Der Kreis solle die derzeit gute Konjunktur so lange wie möglich „mitnehmen“, die Kreisumlage konstant belassen und, wenn möglich, eine kleine Rücklage für schlechtere Zeiten schaffen.

KR Köberle diskutiert mit KR Spangenberg das Thema „Argenbrücke“.

KR Gallasch schlägt vor, im Verwaltungsausschuss ganz konkrete und realistische Einsparmöglichkeiten im Ergebnishaushalt zu erarbeiten, um die reduzierten Kreisumlage-Einnahmen auszugleichen.

KR Sing widerspricht dem von KR Spieß vorgebrachten Vorwurf an die Landesregierung hinsichtlich der Erhöhung der freigestellten Personalräte und plädiert dafür, dem Personalhaushalt in der vorgelegten Form zuzustimmen, um gutes Personal nicht zu verlieren.

KR Spieß stellt klar, dass seine Fraktion keine Personalsenkung anstrebe, sondern eine Personalmehrung verhindern wolle. Er erläutert nochmals die Haltung der Freien Wähler zur Verschuldung.

Der Vorsitzende lässt über die einzelnen Anträge abstimmen.

Antrag Bündnis 90/Die Grünen: Mehr Artenvielfalt auf kreiseigenen Flächen

Der Kreistag fasst **einstimmig** folgenden Beschluss:

Der Antrag von Bündnis 90/Die Grünen „Mehr Artenvielfalt auf kreiseigenen Flächen“ wird zur weiteren Behandlung in den Ausschuss für Umwelt und Technik verwiesen.

KR Restle bittet darum, in diesem Zusammenhang auch die Ökopunkt-Fähigkeit mitzuprüfen.

Antrag Bündnis 90/Die Grünen: Auskunft über die Umsetzung von Ausgleichsmaßnahmen

Der Kreistag fasst bei einer Gegenstimme und 2 Enthaltungen **mehrheitlich** folgenden Beschluss:

Der Antrag von Bündnis 90/Die Grünen „Auskunft über die Umsetzung von Ausgleichsmaßnahmen“ wird zur weiteren Behandlung in den Ausschuss für Umwelt und Technik verwiesen.

Antrag Bündnis 90/Die Grünen: Energieautarker Landkreis Ravensburg

Nach dem Hinweis von Herrn Baur auf die Haushaltsgrundsätze streicht KR Sing den Satz „Es werden 100.000 € in den Haushalt dafür eingestellt“.

Der Kreistag fasst daraufhin **einstimmig** folgenden Beschluss:

Der Antrag von Bündnis 90/Die Grünen „Energieautarker Landkreis Ravensburg“ (ohne den o.g. Satz) wird zur weiteren Behandlung in den Ausschuss für Umwelt und Technik verwiesen.

Antrag Bündnis 90/Die Grünen: Flüchtlinge im Landkreis Ravensburg

Der Vorsitzende hinterfragt die Zeitvorgabe „im ersten Quartal 2015“.

KR Spangenberg betont die Notwendigkeit der Terminierung, um die Koordinierungsbemühungen zu forcieren. Schlussendlich würde er jedoch nicht auf die Vorgabe bestehen.

Der Vorsitzende hält fest, dass die Einberufung des Flüchtlingsgipfels gegebenenfalls auch nach dem 31.01.2015 erfolgen könnte.

KR Köberle erwähnt die gute Arbeit der Bürgermeister in diesem Bereich. Die Flüchtlingsbetreuung funktioniere vor Ort bereits prima. Insofern sehe er keinen Bedarf für eine weitere Runde.

KR Restle schlägt als Kompromiss vor, zum nächsten Arbeitskreis Asyl auch die Fraktionsvertreter und Helferkreis einzuladen.

Der Vorsitzende bietet an, zu den Sitzungen des Arbeitskreises Asyl regelmäßig diese Einladungen auszusprechen. Er formuliert die Nummer 1 des Antrags um:

- statt „im ersten Quartal 2015“ nun „so früh wie möglich“
- statt „beschließen“ nun „anregen“

und lässt über die Nummer 1 des Antrags gesondert abstimmen.

Bei 19 Ja-Stimmen und einer Enthaltung wird die Nr. 1 des Antrags **m e h r h e i t l i c h** abgelehnt.

Im Anschluss wird über die weiteren Antragsteile abgestimmt.

Der Kreistag fasst **e i n s t i m m i g** folgenden Beschluss:

1. Der Landkreis bemüht sich in Zusammenarbeit mit den Kommunen um geeignete Begegnungsstätten bzw. Gemeinschaftsräume, in denen sich Flüchtlinge auch außerhalb ihrer Unterkünfte untereinander oder mit Mitgliedern der Helferkreise treffen können.
2. Es werden vermehrt und differenziert Sprachkurse für Flüchtlinge angeboten und finanziert. Auch hier erfolgt über den Flüchtlingsgipfel eine Koordination zwischen den

Anbietern professioneller Kurse und Angeboten aus den Helferkreisen.

3. Der Landkreis unterstützt alle Bestrebungen, den Flüchtlingen im Rahmen der gesetzlichen Krankenversicherung sofort nach ihrer Unterkunft im Landkreis und weiterhin in der Zeit der Anschlussunterbringung die angemessene medizinische Betreuung zukommen zu lassen.
4. Der Landkreis versucht mit Hilfe geeigneter Fachleute die Qualifikationen der Flüchtlinge in den verschiedenen Berufen zu ermitteln, um die Flüchtlinge zeitnah und zum Nutzen ihrer selbst und der regionalen Wirtschaft und Gesellschaft ins Arbeitsleben einzugliedern.

Antrag Bündnis 90/Die Grünen: Bestellung eines Kreisbehindertenbeirats

Der Vorsitzende möchte erst dann über einen Kreisbehindertenbeirat nachdenken, wenn es den Beauftragten wirklich gibt. Vorher könne ein Beirat ohnehin nicht in Entscheidungen eingebunden werden.

KRin Dr. Brehm spricht sich dafür aus, den Beirat unabhängig von der Person des Kreisbehindertenbeauftragten einzurichten, um der Heterogenität des Kreises der Behinderten gerecht zu werden. Eine einzelne Person könne dieses komplexe Thema nicht alleine bewältigen.

KR Engler verweist auf die bereits gefassten Beschlüsse im Sozialausschuss und die entsprechende Ausschlussfrist für erneute Antragstellungen.

Der Vorsitzende teilt mit, dass sich der Beschluss im Sozialausschuss lediglich auf den Kreisbehindertenbeauftragten bezogen habe, der Beirat sei dabei nur „en passant“ erwähnt worden.

Auf Vorschlag des Vorsitzenden fasst der Kreistag einstimmig folgenden Beschluss:

Der Antrag von Bündnis 90/Die Grünen „Bestellung eines Kreisbehindertenbeirats“ wird zur weiteren Behandlung in den Sozialausschuss verwiesen.

Antrag SPD: Betreuung der Asylbewerber

Frau Raedler beziffert die finanziellen Konsequenzen: Die vorzeitige Verbesserung des Personalschlüssels würde im Haushalt 2015 eine halbe Stelle bedeuten, die derzeit nicht finanziert sei.

KRin Müller hält eine gute Betreuung von Anfang an für sehr wichtig, sowohl für die Flüchtlinge selbst als auch im Hinblick auf die Akzeptanz in der Bevölkerung. Deshalb sei es wichtig, die entsprechenden Mittel im Haushalt 2015 vorzusehen.

Herr Rupp erläuterte die einzelnen Posten im Stellenplan.

KR Henle fragt nach der Rechtmäßigkeit dieses Antrags.

Herr Hägele bestätigt die Zulässigkeit: Der Sozialausschuss habe über den Fallzahlen-schlüssel der Flüchtlingssozialarbeit in der Sitzung am 27.05.2014 entschieden. Die Halbjahresfrist sei damit eingehalten und der Antrag könne gestellt werden.

Bei 22 Ja-Stimmen fasst der Kreistag **m e h r h e i t l i c h** folgenden Beschluss:

Der Antrag der SPD-Fraktion „Betreuung der Asylbewerber“ wird abgelehnt.

Antrag SPD: Behindertengerechter ÖPNV im Landkreis Ravensburg

Der Kreistag fasst **e i n s t i m m i g** folgenden Beschluss:

Der Antrag der SPD-Fraktion „Behindertengerechter ÖPNV im Landkreis Ravensburg“ wird zur weiteren Behandlung in den Verwaltungsausschuss verwiesen.

Antrag SPD: Klimaschutz 2020 im Landkreis Ravensburg

Der Kreistag fasst **e i n s t i m m i g** folgenden Beschluss:

Der Antrag der SPD-Fraktion „Klimaschutz 2020 im Landkreis Ravensburg“ wird zur weiteren Behandlung in den Ausschuss für Umwelt und Technik verwiesen.

Antrag SPD: Erstellung eines erweiterten Altenhilfe- und Pflegeplanes

Der Kreistag fasst **e i n s t i m m i g** folgenden Beschluss:

Der Antrag der SPD-Fraktion „Erstellung eines erweiterten Altenhilfe- und Pflegeplanes“ wird zur weiteren Behandlung in den Sozialausschuss verwiesen.

Antrag SPD: Wiederbespannung ehemaliger Weiherstandorte

Der Kreistag fasst bei zwei Gegenstimmen und einer Enthaltung **m e h r h e i t l i c h** folgenden Beschluss:

Der Antrag der SPD-Fraktion „Wiederbespannung ehemaliger Weiherstandorte“ wird zur weiteren Behandlung in den Ausschuss für Umwelt und Technik verwiesen.

Gemeinsamer Antrag von CDU und FWV: Senkung Kreisumlage

Herr Baur legt mit einer PowerPoint-Präsentation dar, wie sich die beantragte Absenkung der Kreisumlage auf die Erträge und das Gesamtergebnis auswirken wird. Im Finanzhaushalt erhöhe sich dementsprechend der Finanzierungsmittelfehlbetrag. Dieser könne unter Umständen aus der Liquiditätsreserve gedeckt werden.

Der Kreistag fasst mit 41 Ja-Stimmen und 23 Gegenstimmen **m e h r h e i t l i c h** folgenden Beschluss:

Die Kreisumlage 2015 wird um einen Punkt auf 32,5 gesenkt. Die Verwaltung wird beauftragt, in der nächsten Sitzung des Verwaltungsausschusses aufzuzeigen, wo Einsparmöglichkeiten im Erfolgsplan (Ergebnishaushalt) möglich sind.

KR Spangenberg stellt einen **Antrag zur Geschäftsordnung** und wünscht eine kleine Pause zur interfraktionellen Beratung.

Der Vorsitzende unterbricht die Sitzung für 10 Minuten.

Nach der Wiedereröffnung der Sitzung durch den Vorsitzenden zeigt Herr Baur mit einer PowerPoint-Präsentation die geänderten Zahlen des Gesamthaushalts nach der Einbeziehung der zuvor erfolgten Entscheidung zur Kreisumlage.

Bei 46 Ja-Stimmen, 17 Gegenstimmen und einer Enthaltung ergeht **m e h r h e i t l i c h** folgender Beschluss:

1. Der Haushaltsplan und die Haushaltssatzung der Kernverwaltung (Kreisumlage-Hebesatz von 32,5 %), der Wirtschaftsplan des Eigenbetriebs Immobilien, Krankenhäuser und Pflegeschule (IKP) sowie der Wirtschaftsplan des Eigenbetriebs Kultur im Landkreis Ravensburg (EKR) für das Jahr 2015 werden verabschiedet.
2. Im Rahmen des Betrauungsakts für die Krankenhäuser in Ravensburg, Wangen und Bad Waldsee beschließt der Kreistag die Ausgleichszahlungen für das Wirtschaftsjahr 2015 wie im Wirtschaftsplan des Eigenbetriebs IKP auf Seite 19 und in den Anlagen auf den Seiten 35 – 37 dargestellt.
3. Das den Planansatz übersteigende Gesamtergebnis im Jahr 2014 wird zu 75 % zur außerordentlichen Schuldentilgung bzw. für Kapitalzuführungen an den Eigenbetrieb IKP verwendet. Der Eigenbetrieb IKP verzichtet in dieser Höhe auf Kreditaufnahmen.

Erklärung von KR Bindig zum Abstimmungsverhalten: Er könne zwar den einzelnen Haushaltspositionen zustimmen, nicht jedoch der Absenkung der Kreisumlage.

Erklärung von KR Spangenberg zum Abstimmungsverhalten: Er befürchtet durch die Absenkung der Kreisumlage Engpässe in verschiedenen Bereichen.

§ 68

Instandhaltungs- und Investitionsprogramm für die kreiseigenen Verwaltungs- und Schulgebäude

Herr Baur nimmt Bezug auf die versandten Sitzungsunterlagen (siehe Anlagen) und erläutert die Fortschreibung des Instandhaltungs- und Investitionsprogramms für die kreiseigenen Verwaltungs- und Schulgebäude.

KR Zintl zeigt sich überrascht, wie weit man bei den Beruflichen Schulen in Ravensburg von den Brandschutz-Anforderungen entfernt ist. Die aufgezeigten Notmaßnahmen würden durch den Wegfall der Lehrerstützpunkte stark in die Schulstrukturen eingreifen. Der Kultur- und Schulausschuss habe beschlossen, dass die Notmaßnahmen zeitnah entwickelt und

dem Ausschuss wieder vorgestellt werden müssen. Diese Vorgabe vermisse er im heutigen Beschlussvorschlag. Er appelliert an die Beteiligten, die notwendigen Brandschutzmaßnahmen ernsthaft anzugehen. Bei der Lebenszykluskostenbetrachtung für die Schulen seien allerdings nicht nur die baulichen Aspekte, sondern auch die Belange des modernen Schulbetriebs in den Fokus zu nehmen.

Der Vorsitzende verweist auf den neu hinzugekommenen letzten Satz bei b) des Beschlussvorschlags.

Herr Baur bestätigt, dass die Lehrerstützpunkte von den Außentreppen betroffen sind. Letzte Woche habe ein Gespräch mit den Schulleitungen stattgefunden. Er sei zuversichtlich, hier eine zustimmungsfähige Kompensationslösung zu finden. Die Verwaltung setze sich intensiv mit der Materie auseinander, auch wenn dies nicht explizit im Beschlusstext aufgeführt sei. In der nächsten Sitzung des Kultur- und Schulausschusses könne man Näheres über die Umsetzung berichten. Die Ausarbeitung einer Lebenszykluskostenbetrachtung sei eine spannende Aufgabe, für die er einen Zeitraum von 3 Jahren vorgesehen habe. Eine solche Gesamtbetrachtung komme aber auch einer Gratwanderung gleich. Einem modernen Schulbetrieb einerseits und den begrenzten Mitteln andererseits gerecht zu werden, bedürfe einer genauen Interessensabwägung.

KR Aicher überlegt, für die anstehenden Maßnahmen Mittel aus dem neuen Programm der Bundesregierung zur Förderung von kommunalen Energieeffizienznetzwerken zu beantragen oder ggf. alternative Fördertöpfe zu suchen.

Herr Baur informiert über die laufende Suche nach Zuschussgebern; beim erwähnten neuen Programm der Bundesregierung befinde sich der Landkreis derzeit auf dem 2. Nachrückplatz (70 Antragsteller).

Ohne weitere Wortmeldung fasst der Kreistag einstimmig folgenden Beschluss:

a) Der Kreistag stimmt dem vorgelegten Instandhaltungs- und Investitionsprogramm für das Jahr 2015 grundsätzlich zu. Die Verwaltung wird beauftragt, die Einzelmaßnahmen zu gegebener Zeit in den zuständigen Ausschüssen vorzustellen. Die abschließende Entscheidung über die Realisierung erfolgt entsprechend den Regelungen der Hauptsatzung in den dafür zuständigen Gremien.

b) Die Verwaltung wird beauftragt, die Planungen für die „Notmaßnahmen“ zur Ver-

besserung des baulichen Brandschutzes im Rahmen des Instandhaltungs- und Investitionsprogramms aufgrund der Dringlichkeit der Maßnahmen in eigener Zuständigkeit weiter voran zu treiben, die Bauarbeiten öffentlich auszuschreiben und in eigener Zuständigkeit zu vergeben. Über diese Umsetzung ist dem Kultur- und Schulausschuss in seiner nächsten Sitzung zu berichten.

§ 69

Umsetzung des Gesellschaftsvertrages der Oberschwabenklinik

Frau Meschenmoser verweist auf die versandten Sitzungsunterlagen mit geändertem Beschlussvorschlag als Extrablatt (siehe Anlagen) und erläutert die Vorlage.

KRin Müller signalisiert die Zustimmung der SPD-Fraktion, wenn auch „unter Bauchweh“. Sie kündigt an, nach Ablauf der einzuhaltenden Frist einen Antrag auf Aufstockung der Arbeitnehmervertretung im Aufsichtsrat zu stellen. In diesem Zusammenhang vertrete die Stadt Ravensburg dieselbe Auffassung.

KRin Dr. Brehm stimmt dem Beschlussvorschlag zu. Der Aufsichtsrat habe nun einen Rahmen, in welchem er seine Pflichten gut erfüllen kann. KRin Dr. Brehm unterstützt aber auch die Intention der KRin Müller hinsichtlich der Mitarbeitervertretung.

Frau Meschenmoser korrigiert den Text des Beschlussvorschlags erneut:

Herr Landrat wird ermächtigt, in der Gesellschafterversammlung für folgende Entscheidungen zu stimmen:

- 1. Die Wertgrenzen entsprechend des Gesellschaftsvertrages nach § 14 werden wie in der Anlage 1 zur Sitzungsvorlage dargestellt, festgesetzt.*
- 2. Die Vergütung für die Mitglieder des Aufsichtsrats wird auf 100,00 € pro Sitzung des Aufsichtsrates und seiner Ausschüsse festgesetzt; für die beiden externen Mitglieder wird sie wegen des besonderen Aufwands auf 200,00 € erhöht.*

Der Kreistag fasst **einstimmig** folgenden Beschluss:

Herr Landrat wird ermächtigt, in der Gesellschafterversammlung für folgende Entscheidungen zu stimmen:

1. Die Wertgrenzen entsprechend des Gesellschaftsvertrages nach § 14 werden wie in der Anlage 1 zur Sitzungsvorlage dargestellt, festgesetzt.
2. Die Vergütung für die Mitglieder des Aufsichtsrats wird auf 100,00 € pro Sitzung des Aufsichtsrates und seiner Ausschüsse festgesetzt; für die beiden externen Mitglieder wird sie wegen des besonderen Aufwands auf 200,00 € erhöht.

§ 70

Änderung der Betriebssatzung des Eigenbetriebs IKP

Herr Baur verweist auf die versandten Sitzungsunterlagen (siehe Anlagen) und erläutert die anstehende Änderung der Betriebssatzung des Eigenbetriebs IKP.

Ohne weitere Wortmeldung fasst der Kreistag **e i n s t i m m i g** folgenden Beschluss:

Der Kreistag beschließt die Satzung zur Änderung der Betriebssatzung des Eigenbetriebs Immobilien, Krankenhäuser und Pflegeschule in der als Anlage 1 beigefügten Fassung.

§ 71

Abfallwirtschaftssatzung des Landkreises Ravensburg ab dem 01.01.2016

Herr Baur verweist auf die versandten Sitzungsunterlagen (siehe Anlagen) und stellt die neue Abfallwirtschaftssatzung mit einer PowerPoint-Präsentation vor.

KR Krattenmacher erinnert an das ursprüngliche Versprechen, in welchem der Landkreis bei den Gemeinden steht. Insofern hoffe er sehr, dass nach der Ausschreibung eine Korrektur der Gebührenkalkulation nach unten stattfinden kann. Das Ergebnis müsse für den Bürger so niedrig wie möglich ausfallen. Es sei vertretbar, den Eigentümer als Gebühren-

schuldner heranzuziehen. Nur so könne der Personal-Pool so schlank und damit kostengünstig wie möglich aufgestellt werden, was sich wiederum günstig auf die Gebührenkalkulation auswirken werde. Das Konstrukt der Müllgemeinschaft bilde einen wertvollen Beitrag, die Abfallmengen gering zu halten. Die Begrenzung einer Müllgemeinschaft auf anliegende Grundstücke sei praktikabel.

KR Bindig bezieht sich ebenfalls auf die ursprünglichen Zusagen des Landkreises, um die Gemeinden zu gewinnen. Damit entstehe eine Deckungslücke, die über Gebührenüberschüsse aus den Vorjahren, also aus der Rücklage, finanziert werden soll. Es zeichne sich ab, dass bereits nach wenigen Jahren eine Neukalkulation der Gebühren erfolgen muss. Je nach Höhe des endgültigen Abmangels müsse zu gegebener Zeit intensiv und sorgfältig über die Gebührenentwicklung beraten werden.

KR Buschle möchte die Bürger zum Müll-Vermeiden motivieren. Wenn man die Eigentümer als Gebührensschuldner heranziehe, würden die Müllgebühren in die Gemeinkosten der Nebenkostenabrechnung für die Mieter fließen. Dies nehme dem Mieter den Anreiz, Müll zu sparen. Daher stimme er der vorgelegten Satzung nicht zu. Er wünscht eine getrennte Abstimmung über Punkt 3a des Beschlussvorschlags.

KR Sing legt ebenfalls ein großes Gewicht auf die Müllspar-Mentalität des Bürgers. Er geht jedoch davon aus, dass der Verursachergerechtigkeit bei der vorgelegten Kalkulation Genüge getan wird. Seiner Auffassung nach gehören Müllgebühren durchaus in die Nebenkostenabrechnung eines Mieters.

Der Vorsitzende lässt über 3a des Beschlussvorschlags abstimmen.

Bei 9 Gegenstimmen und drei Enthaltungen fasst der Kreistag **m e h r h e i t l i c h** folgenden Beschluss:

Gemäß der Vorlage der Verwaltung gilt für die Anwendung der Abfallwirtschaftssatzung:

- a) Von den Gebührenschuldern gemäß § 23 der Satzung in Verbindung mit § 3 Absätze 1 und 2 (insbesondere Grundstückseigentümern bzw. Mieter / Pächter), die Gesamtschuldner sind, soll in der Regel zunächst der Gebührensschuldner nach § 3 Abs. 1 (Grundstückseigentümer) veranlagt werden.

Daraufhin fasst der Kreistag bei zwei Enthaltungen **m e h r h e i t l i c h** folgenden Be-

schluss:

1. Die als Anlage 1 zur Sitzungsvorlage beigefügte Abfallwirtschaftssatzung (inkl. der Gebührensätze) wird beschlossen.
2. Die Verwaltung wird damit beauftragt, im Herbst 2015 eine endgültige Gebührenkalkulation auf der Grundlage aller bekannten Kosten vorzulegen und in die zukünftige Abfallwirtschaftssatzung einzuarbeiten. Der Gebührenteil der Satzung (Abschnitt IV) ist dem Kreistag erneut zum Beschluss vorzulegen und erneut bekannt zu machen.
3. Für die Anwendung der Abfallwirtschaftssatzung gelten folgende Richtlinien:
 - a) (bereits beschlossen)
 - b) Nach § 14 Abs. 5 Satz 1 i.V.m. § 3 Abs. 3 Nr. 2 der Satzung muss auf Grundstücken mit privaten Haushaltungen dann kein Bioabfallbehälter vorhanden sein, wenn für die ordnungsgemäße und schadlose Verwertung dieser Abfälle in der Regel ca. 25 m² Gartenfläche (auf dem im Rahmen der privaten Lebensführung genutzten Grundstück) für jede überwiegend dort lebende Person zur Verfügung steht.
 - c) Richtwert für die ausreichende Ausstattung von Grundstücken mit privaten Haushaltungen mit Restabfallbehältern ist ein Behältervolumen von 5 Liter je Person, die überwiegend auf dem Grundstück lebt, und Woche.
 - d) Von einer gemeinsamen Nutzung von Abfallbehältern im Sinne einer Behältergemeinschaft (§ 14 Abs. 5 Satz 3 bis 7, Abs. 6 Satz 4 bis 8) ist in der Regel nur dann auszugehen, wenn sich die mitbenutzten Behälter auf aneinander angrenzenden Grundstücken befinden.

§ 72

Fortschreibung Abfallwirtschaftskonzept; Vorstellung der Öffentlichkeitsarbeit Abfallwirtschaft ab dem 01.01.2015

Herr Nitz verweist auf die versandten Sitzungsunterlagen (siehe Anlagen) und führt in die Thematik ein.

Herr Meissner stellt die Informationskampagne mit einer PowerPoint-Präsentation vor.

KR Schuler hält es für wichtig, die Vorbereitungen bei den Bürgern und Gemeinden gut zu kommunizieren. Der erhebliche Anstieg der Wertschöpfung auf dem weiten Feld von Abfall / Ressourcen in den vergangenen 20 Jahren sei hoffnungsversprechend. Dieser Weg müsse unbedingt weitergegangen werden.

KR Sing ist ebenfalls der Meinung, dass die richtige Kommunikation unabdingbar sei für das Gelingen des Konzepts. Bislang seien wertvolle Ressourcen einfach verheizt worden. Durch die Vereinheitlichung des Müllsystems im ganzen Landkreis trete nun eine Gerechtigkeit für alle Kreisbürger ein. Das geplante Infoblatt könne auch mehrsprachig, auf hörbarem Medium oder mit größerer Schrift aufgelegt werden und mit einem gewissen „power-effect“ auch gezielt junge Familien, Kinder und Jugendliche ansprechen.

Herr Meissner teilt mit, dass in der Kampagne die Mehrsprachigkeit der Infomaterialien vorgesehen ist und dass verschiedene Zielgruppen erreicht werden sollen.

KR S. Scharpf überlegt, aus dem Müllverbrennungsvertrag mit dem ZAK herauszukommen und zwischen einer trockenen und einer nassen Tonne zu unterscheiden. Außerdem möchte er wissen, was mit den alten Tonnen passieren soll.

Herr Nitz informiert, dass die Vertragsbindung mit dem ZAK noch über Jahre geht. Der Biomüll solle künftig jedoch künftig nach Lustenau, Vorarlberg, geliefert werden. Er kündigt an, dass die Bürger im Lauf des nächsten Jahres eine Information über den Behältertausch mit dem Angebot einer Rückgabemöglichkeit des alten Eimers erhalten werden.

KR Gallasch legt Wert auf eine einfache und verständliche Öffentlichkeitsarbeit. Einige Teile der Kampagne seien doch etwas überzogen und müssten im Detail noch auf den Prüfstand gestellt werden, ebenso die Kosten für den externen Berater.

Herr Baur betont, die vorgestellten Bausteine seien lediglich erste Vorschläge. Die inhaltliche Diskussion werde im nächsten Jahr im Ausschuss für Umwelt und Technik folgen. Die Arbeit der Firma ÖkoMedia allerdings könne von der Landkreisverwaltung nicht geleistet werden, dazu sei der eigene Personalbestand einfach zu dünn.

Bei einer Gegenstimme und einer Enthaltung fasst der Kreistag **m e h r h e i t l i c h** fol-

genden Beschluss:

1. Der Informationskampagne der Fa. ÖkoMedia GmbH wird im Grundsatz zugestimmt.
2. Es erfolgt eine stufenweise Beauftragung gemäß Anlage 2.
3. Dem AUT werden die einzelnen Bausteine der Kampagne jeweils zur Beratung und Freigabe vorgelegt.

§ 73

Aufstellung der Vorschlagslisten nach § 28 VwGO für die Wahl der ehrenamtlichen Richter beim Verwaltungsgericht Sigmaringen

Herr Hägele verweist auf die versandten Sitzungsunterlagen (siehe Anlagen) und erläutert das Vorschlagsverfahren.

Der Vorsitzende schlägt vor, offen und en bloc über die Vorschlagsliste abzustimmen.

Gegen dieses Verfahren werden keine Einwendungen geltend gemacht.

Ohne weitere Wortmeldung fasst der Kreistag **e i n s t i m m i g** folgenden Beschluss:

Der Vorschlagsliste für die Wahl der ehrenamtlichen Richter beim Verwaltungsgericht Sigmaringen 2015 bis 2020 (wie in der Anlage zur Sitzungsvorlage dargestellt) wird zugestimmt.

§ 74

Humanitäre Hilfen

Der Vorsitzende trägt vor:

„Meine Damen und Herren,

es ist wieder einmal Weihnachtszeit!

Die meisten Geschenke werden Sie vermutlich schon eingekauft haben und auch unser wichtigster Termin, die Schlacht um den Haushaltsplan, ist geschlagen.

- Die Schulden und Kosten einigermaßen im Griff haben
- die halbwegs gerechte Verteilung der Lasten zwischen Kreis und Kommunen
- bei unseren ganz großen Aufgaben wieder ein paar Schritte nach vorne geschafft zu haben
- und nicht zuletzt die „anständige“ Unterbringung der Menschen, die bei uns Asyl suchen,

das waren in diesem Jahr unsere neuen und altbekannten großen Aufgaben – und im Großen und Ganzen haben wir es ja auch wieder ganz gut hinbekommen.

Bei aller Notwendigkeit zum Sparen, aber zu einem ordentlichen Kreishaushalt gehören nicht nur Rückführungsrate und die heiß umkämpfte Kreisumlage, sondern auch der Posten „Humanitäre Hilfen“ und das ist gut so.

Zu dieser Tradition gehört es auch, nur dort zu helfen, wo das Geld ohne jede Zwischenstation direkt bei den Bedürftigen ankommt. Die Fraktionen haben sich Gedanken darüber gemacht und gute Entscheidungen getroffen in dem Bewusstsein, dass verglichen mit anderen Ländern dieser Welt – in die unsere Hilfe vorzugsweise geht – wir hier immer noch auf einem enorm hohen Niveau jammern.

Wie bisher wollen wir auch dieses Jahr wieder nach dem Motto verfahren „Tue Gutes und rede nicht darüber“.

Verraten möchte ich Ihnen aber so viel, dass es insgesamt 26 Projekte sind - von Rumänien über Afrika, den Philippinen bis nach Haiti, Indien und Sri Lanka - die wir in diesem Jahr mit einer weihnachtlichen Gabe bedenken können.

An der Stelle möchte ich dem Kreistag ausdrücklich dafür danken, dass er diesen Etat allen Sparnotwendigkeiten zum Trotz nie in Frage gestellt hat.“

Anfragen und Bekanntgaben

§ 75

Anfragen und Bekanntgaben - Bürgermeister im Kreistag

KR S. Scharpf bricht eine Lanze für die „Fraktion der Bürgermeister im Kreistag“. Ihre Erfahrung mit demokratischer Gremienarbeit trage viel dazu bei, dass effektiv gearbeitet werden könne. Er persönlich halte die Mischung der Berufsstände im Kreistag Ravensburg für gelungen.

§ 76

Anfragen und Bekanntgaben - Arbeitsatmosphäre bei den Sitzungen des Kreistags und seiner Ausschüsse

KRin Gerhardt zieht ein Resümee aus den zurückliegenden Monaten: Die Arbeit in den Gremien sei sehr interessant und bereichernd. Störend empfinde sie allerdings das manchmal grenzwertige Umgehen der Fraktionen miteinander und untereinander. Diesbezüglich würde sie sich mehr Steuerung durch den Vorsitzenden wünschen.

Der Vorsitzende relativiert: Seiner Auffassung nach gehe es im Kreistag von Ravensburg noch verhältnismäßig geordnet zu. Mit emotionalen Ausbrüchen müsse man rechnen, es könne nicht immer harmonisch zugehen.

Der Vorsitzende dankt den Mitgliedern des Kreistags für das gezeigte Engagement und den Einsatz im zurückliegenden Jahr. Sein Dank gilt aber auch den Mitarbeitern der Verwaltung, vorneweg der Ersten Landesbeamtin, den Dezernenten und Amtsleitern sowie seiner Stabsstelle.

KR Weinschenk lobt die Verwaltung für die guten Sitzungsunterlagen zur Vorbereitung der „hoffentlich guten Entscheidungen“ des Kreistags und die generell gute Zusammenarbeit. Nun könnten alle Beteiligten mit Spannung ins Neue Jahr 2015 gehen, in welchem eine Vielzahl von Aufgaben und eine „neue Leitfigur“ warten.

**Auszug aus dem Protokoll der nichtöffentlichen Sitzung des
Kreistages am 11.12.2014**

§ 77

Beförderung 2015

Beschluss:

Herr Christoph Dreher wird zum 02.07.2015 zum Kreisoberverwaltungsrat (A 14 h.D.) befördert.

Z. B.

Vorsitzender
Kurt Widmaier

Stellvertr. Vorsitz
entfällt

Schriftführerin
Eva Weeber

Kreisräte